Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr 926.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60 Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14. Freitag, den 17. Januar 1902. 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Zur Berathung des Zolltarifs.

= So verworren und so unsicher hinsichtlich der schließlichen Lösung, ist die Situation im Reichstage noch nie gewesen, wie jetzt gegenüber der Zolltarifvorlage. Selbst die Brodwucherer sind unter einander gespalten. Die waschechten Agrarier haben ihren Anhängern im Lande soviel versprochen, daß sie von ihren tollen Forderungen nicht zurück können und, trotz allen freundlichen Bitten um weises Maßhalten vom Regierungstische her, über die Konzessionen, die die Regierung dem Brodwucher macht, weit hinausgehen. Ein anderer Theil der Brodwucherer, so namentlich im Zentrum, macht den wüsten Beutezug auf die Konsumententaschen überhaupt nur gezwungener Weise mit. So besteht auf der Rechten und in der Mitte des Reichstags durchaus nicht die Einigkeit und Geschlossenheit, wie es nach den tönenden Redensarten und den Drohungen der Agrarier den Anschein hat. Die Junker kennen ihre eigene Schwäche und suchen darüber hinwegzutäuschen, indem sie sich recht zuversichtlich und siegesfroh geberden.

Dieser Erkenntniß der eignen Schwäche entspringt auch die Furcht vor der Obstruktion, von der die Agrarier und ihre Wuchergarde geplagt sind. Die Art, wie sie Obstruktion gegen den Zolltarif, als ein Verbrechen gegen den Parlamentarismus, gegen die Verfassung, als etwas ganz Verabscheuungswürdiges hinzustellen suchen, jetzt das Volk erst recht in Kenntniß davon, mit welcher Besorgniß das Junkerthum einem Scheitern der Zolltarif-Vorlage entgegen sieht.

Thatsächlich sind die Agrarier gegen die Obstruktion machtlos. Denn diese Obstruktion besteht einfach darin, daß die Sozialdemokratie und die gesammten Abgeordneten der Linken von ihrem Rechte und ihrer Pflicht, jede einzelne Position der Zolltarifvorlage nach allen Seiten gründlich zu beleuchten, damit bei der Abstimmung völlige Klarheit über die politische und ökonomische Tragweite der Beschlüsse herrsche, sowohl in der Kommission als auch im Plenum den weitestgehendsten Gebrauch machen. Ferner besteht die Obstruktion darin, zu verlangen, daß zu den Berathungen und Beschlüssen stets ein wirklich beschlußfähiges Haus zusammen ist, und daß diejenigen Abgeordneten, welche wirklich ein Interesse am Zustandekommen der Vorlage haben, auch anwesend sind. Verstehen die Agrarier unter Obstruktion, wie sie es in ihren Blättern darstellen, Lärmmachen, Skandalszenen, so handelt es sich bei dem Vorgehen der Sozialdemokratie überhaupt nicht um Obstruktion, sondern um die einfache Wahrnehmung verfassungsmäßiger und geschäftsordnungsmäßiger Rechte. Die Abgeordneten der Linken darin hindern zu wollen und Abänderungen der Geschäftsordnung zu versuchen, nur um diese eingehende Berathung zu hintertreiben, heißt den Reichstag zur schmählichsten Farce eines gesetzgebenden Körpers machen zu wollen, der kritiklos Das anzunehmen hat, was ihm die Regierung oder eine wechselnde Mehrheit abverlangt.

Und darum handelt es sich thatsächlich auch bei dem agrarischen Geschrei über die sozialdemokratische Obstruktion. Der Zolltarif soll nicht durchberathen, er soll durchgepeitscht werden. Einige Debatte über die Hauptforderungen, ein bischen Kommissionssitzung und dann mit Hurrah durch — das ist der agrarische Plan. Weil aber dabei die Sozialdemokratie nicht mitmachen will, deshalb das wüthende Geschrei gegen die sozialdemokratische Obstruktion, welche angeblich die „festgefügten Fundamente des Reichsparlamentarismus“, die doch die konservativen Wahlrechtsräuber unablässig anfeinden, „untergraben“ soll.

Mit Recht kann die Sozialdemokratie demgegenüber fragen: warum hat denn die Regierung den Zolltarif nicht eher eingebracht? Warum hat das Heer der Geheimräthe in den Ministerien so bequem gearbeitet? Warum hat man den Zolltarif, nachdem seine einzelnen Positionen längst fertig waren, in ängstlicher Geheimnißkrämerei in den Ministerien, bei den einzelstaatlichen Regierungen u. s. w., hin und her geschoben und ihn auch dann erst vor die Oeffentlichkeit gebracht, nachdem die bekannte Hamburger'sche Verhökerung des Zolltarifs keine andere Möglichkeit mehr ließ? Jetzt soll nun der Reichstag schanzen, auf eigene Berathung so gut wie ganz verzichten, um „rechtzeitig“ fertig zu stellen, was von allem Anfang an versäumt worden ist.

Bei einer wirklichen Berathung und nicht bloßen parlamentarischen Durchpeitschung erscheint es überhaupt unmöglich, eine Vorlage von dem Umfange des neuen Tarifgesetzes in der von der Regierung und den Wucherparteien gewünschten Zeit zu erledigen.

Es ist bereits in der Presse darauf hingewiesen worden, daß der Zolltarif ziffernmäßig 946 Positionen umfaßt, also ein Berathungsgegenstand riesigen Umfanges ist. In Wirklichkeit aber ist die Zahl noch größer. Es befinden sich nämlich unter jenen 946 Positionen 305, von welchen jede in mehrere Unterpositionen zerfällt und zwar zusammen in 1133 Unterpositionen. Diese hinzugerechnet müssen im Ganzen 1774 Tarifpositionen durchberathen werden. Bei der Wichtigkeit der Sache werden auch in der Kommission je zwei Berathungen stattfinden, sodaß also bereits in der Kommission 3548 Einzelberathungen nöthig sind. Dazu kommt dann die zweite und dritte Lesung im Plenum, sodaß man obige Zahl wiederum mit zwei multipliziren muß; man kommt alsdann zu 7096 Einzelberathungen. Zu jeder Position wird etwas zu sagen sein, da eine Fülle von Zollwünschen vorliegen, die auch solche Waaren besteuert wissen wollen, für welche die Regierung selbst keinen Zoll beantragt hat. Die Berathungen über einzelne Positionen: Getreide, Fleisch, Eisen, Webestoffe werden jede mehrere Tage in Anspruch nehmen. Diese sichere Annahme einer Berechnung zu Grunde gelegt, ist schon bei einer einfachen Berathung — sofern es sich nicht um ein Durchpeitschen handelt — nicht daran zu denken, daß die Vorlage vor dem nächsten Winter fertig wird; von Obstruktion gar nicht zu reden.

Das weiß die zollwucherische Mehrheit, deshalb will sie die Durchpeitschung und deshalb nennt sie jedes Verlangen ernsthafter Berathung: an sich Obstruktion.

Ein Hinausziehen der Zolltarifberathung durch den Sommer hindurch aber läßt die Annahme des Zolltarifs von einem beschlußfähigen Hause als eine glatte Unmöglichkeit erscheinen. Ein großer Theil bürgerlicher Abgeordneter kann nicht lange Monate ununterbrochen in Berlin sein. Dazu kommen jene Volksvertreter, denen keine Sache so wichtig erscheint, um ihretwegen auf die gewohnte Badereise zu verzichten. Und selbst ein großer Theil der Agrarier muß im Sommer in der Nähe der heimischen Viehställe und Kartoffelfelder sein, kann also an der Berathung nicht theilnehmen. An ein beschlußfähiges Haus während des Sommers ist kaum zu denken.

So stehen die Dinge. Auch ohne Obstruktion, blos bei gründlicher, der Wichtigkeit der Sache entsprechender Berathung, befinden sich die Brodwucherer parlamentarisch in der scheußlichsten Klemme, aus der es für sie keinen Ausweg giebt als die Vergewaltigung der Minderheit.

Das agrarische Geschrei über die Obstruktion der bösen Sozialdemokraten ist also vorläufig dummer Schwindel. Die Frage lautet nicht: Obstruktion oder ruhige parlamentarische Berathung, sondern: parlamentarische Berathung oder wüstes Durchpeitschen.

Das Letztere zu verhindern und mit allen Mitteln zu arbeiten, um sich nicht von der beutehungrigen Klique der Wucherleute vergewaltigen zu lassen, ist einfache Pflicht der Sozialdemokratie, die sie, deß sind wir sicher, erfüllen wird.

Die Masse des deutschen Volkes hat ja gar kein Bedürfniß nach dem neuen Zolltarif gehabt; vom Volke sind diese ungeheuren Zollsätze nicht verlangt worden. Die Agrarier verlangten die Heraufsetzung der agrarischen Zölle, um dadurch den Millionentribut zu erhöhen, den ihnen das Volk alljährlich in Form der Zölle zahlen muß. Auch die Leute, die diese ungeheuerlichen Zollpositionen ausgearbeitet haben, waren nicht von dem Vertrauen des Volkes getragen. Bis zur letzten Stunde wurde die größte Geheimnißkrämerei betrieben, weil man sich vor der Kritik des Volkes fürchtete. Auch die Motive der Vorlage zeigen ja, auf einer wie schwachen Grundlage dieses ganze Werk beruht und wie frech die agrarische Zumuthung ist, der Bequemlichkeit der Reichstagsmehrheit zu Liebe diesen Zolltarif nach einiger Scheinberathung en bloc anzunehmen.

Somit nützt den Agrariern ihr Geschrei über die böse Sozialdemokratie nichts. Sie kommen um eine gründliche Einzelberathung aller Positionen nicht herum, und damit laufen sie Gefahr, daß diese Zollvorlage im gegenwärtigen Reichstage überhaupt nicht entschieden wird, daß inzwischen die Neuwahlen kommen und das Volk über die Brodwucherer zu Gericht sitzt.

Die Sozialdemokratie kann der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen sehen. Je mehr die Zollvorlage aus dem Lärm der agrarischen Klopffechterei ihrer praktischen Regelung näher rückt, je mehr verschlimmert sich die Lage für die Brodwucherer. Es wird sich schließlich nur darum handeln, ob sie es wagen, die Minderheit, die auf dem Boden parlamentarischer Berathung steht, zur Verwirklichung ihrer Wucherpläne zu vergewaltigen. Und in diesem volksfeindlichen Vorhaben werden sie in der Sozialdemokratie einen gerüsteten Gegner finden.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübeder Volksbote“.)

Berlin, den 15. Januar 1902.

Im Reichstage kam heute vor fast leeren Bänken die bereits einmal wegen Krankheit des Reichsschatzsekretärs zurückgestellte Interpellation Dr. Arendt betr. die Versorgung der Kriegsinvaliden zur Verhandlung. Es ist dies eine Materie, die den Reichstag schon des öfteren beschäftigt hat, und über die — gewiß eine Seltenheit — bei allen Parteien vollständige Uebereinstimmung herrscht. Deshalb konnte auch heute nicht viel Neues gesagt werden, und nur trocken und mühsam schleppte sich die Verhandlung hin. Die Antwort, die Frhr. von Thielmann auf die Begründung Dr. Arendts gab, entbehrte zwar nicht des Wohlwollens gegen diese armen Veteranen, aber dieses Wohlwollen hat seine Grenzen in den verfügbaren Mitteln. Aus dieser Erwiderung ist also ersichtlich, daß die Regierung ihre hartherzige Stellung den „Kämpfern für's Vaterland“ gegenüber keineswegs aufzugeben gewillt ist, geschweige denn, daß die berechtigten Forderungen der Invaliden auf Erhöhung der geringen Summe von 120 Mark jährlich jemals Berücksichtigung finden werden. Eine gründliche Abrechnung mit der Rechten und dem Zentrum wegen ihrer Vertrauensseligkeit zu der Regierung in dieser Frage hielt Genosse Stadthagen. Ein „Vaterlandsfeind“ und „Umstürzler“ war es, der die Wünsche der Invaliden am kräftigsten unterstützte. Die übrigen Reden waren belanglos; es waren nur die Erklärungen der einzelnen Parteien.

Morgen steht die Interpellation des Grafen Oriola betr. Reform der Militärpensionsgesetzgebung und diejenige unserer Genossen betr. die Arbeitslosigkeit auf der Tagesordnung.

118. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Frhr. v. Thielmann, v. Goßler.

Auf der Tagesordnung steht die folgende Interpellation Dr. Arendt (Rp.): „Ist es dem Reichskanzler bekannt, daß Kriegstheilnehmern, denen auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1899 die jährliche Beihilfe von 120 Mark bewilligt ist, auch gegenwärtig wieder „mangels finanzieller Mittel“ die Auszahlung verweigert wird? Welche Maßregeln gedenkt der Reichskanzler zu ergreifen, um schleunigst und endgültig diesem Zustand ein Ende zu machen?

Reichsschatzsekretär Frhr. von Thielmann erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Die Interpellation begründet

Dr. Arendt (Rp.): Die Zahl der Bezugsberechtigten ist leider größer als die Zahl der vorhandenen Mittel. In einem Falle ist ein Mann, der 1898 schon bezugsberechtigt war, heute noch nicht im Besitz der Beihilfe. Redner theilt noch weiter eine große Anzahl Fälle mit, um die traurige Lage derjenigen zu kennzeichnen, denen, trotzdem sie bezugsberechtigt waren, die Auszahlung der Beihilfe verweigert worden ist. Die Leute fallen direkt der Armenpflege anheim. Die betheiligten Volkskreise können nicht begreifen, wie das große deutsche Reich keine Mittel haben soll, um seine Veteranen vor Noth und Elend zu schützen. Es fragt sich nun, wie diesem Zustande abzuhelfen ist. Der Invalidenfonds ist ein Aufzehrfonds, dessen Verpflichtungen, sobald er erschöpft ist, auf das Reich übergehen. In ca. 8 Jahren wird der Invalidenfonds nun aufgebraucht sein und das Reich hätte dann 40 Mill. Mark auf einmal zu übernehmen. Daher wäre es besser, die Ausgaben für die Kriegsinvaliden jetzt auf die laufenden Etatsausgaben zu übernehmen. Natürlich müßten dann neue Einnahmequellen geschaffen werden; ich denke da zuerst an eine Wehrsteuer, die das deutsche Volk gern zahlen wird. Wir haben in den letzten Tagen gewetteifert, um unsere Anerkennung für unser Heer zum Ausdruck zu bringen. Lassen Sie es unseren alten Veteranen gegenüber nicht nur bei den Worten, sondern fügen Sie Thaten hinzu. (Bravo! rechts.)

Reichsschatzsekretär Frhr. von Thielmann: Mir ist nichts davon bekannt, daß Kriegstheilnehmern, denen die 120 Mk. jährliche Beihülfe bewilligt sind, die Auszahlung verweigert wird. Das Wohlwollen der verbündeten Regierungen den Veteranen gegenüber hat aber seine natürliche Grenze an den verfügbaren Mitteln. Preußen hat noch 1901 für sämmtliche von ihm angemeldete Veteranen die Mittel bewilligt erhalten Die den übrigen Staaten bewilligten Mittel sind im Verhältniß zu ihrer Bevölkerung ebenso groß wie die Preußens. Die einzelnen Fälle, die Herr Arendt angeführt hat, kann ich nicht prüfen, da er keine Namen genannt. Davon, daß der Zweck des Gesetzes von 1896 war, die Veteranen vor der Armenpflege zu bewahren, kann keine Rede sein. Einem ganz mittellosen Mann können 120 Mark auch nicht vor der Armenpflege bewahren. Wie bei dem gegenwärtigen Stand der Reichsfinanzen von einer Uebernahme der Leistungen für die Veteranen auf das Reich gesprochen werden kann, verstehe ich nicht. Auch wird der Reichstag keine neuen Steuern, die unbedingt nothwendig werden würden, bewilligen. Abgesehen davon aber ist das Steuerfeld bis auf Bier- und Tabacksteuern vollständig abgegrast. (Hört! hört! links.)

Auf Antrag des Abg. Schrempf (K.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Graf Oriola (NL.): Selbstverständlich wird einem Veteranen, dem bereits die Bewilligung der Beihilfe seitens der Behörde zugesagt ist, die Auszahlung niemals verweigert werden. Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs zeigten wirklich von sehr wenig Wohlwollen für die Veteranen. Redner führt eine Reihe von Beispielen an, in denen sehr bedürftigen Invaliden die Beihilfe versagt worden ist. Diesen wird gewöhnlich der Rath ertheilt, sie möchten sich an die Armenverwaltung um eine Unterstützung wenden. (Hört, hört! bei den Nationallib.) Anregen möchte ich noch, ob nicht beim Tode der Veteranen eine kleine Beihilfe zu den Begräbnißkosten der Wittwe gewährt werden könnte. (Sehr richtig! bei den Nationallib.)

Schrempf (K.): Wir sind mit den Ausführungen des Herrn Interpellanten einverstanden. Ich frage aber den Herrn Staatssekretär, ob er mit seinen Ausführungen hat sagen wollen, daß wirklich absolut keine Mittel für die Veteranen mehr vorhanden

sind. Das einfachste wäre, die Mittel würden einfach in den Etat eingestellt. Die Budget-Kommission wird sie bestimmt bewilligen. (Sehr richtig! rechts.)

Dr. Müller-Sagan (FVp.): Der Herr Staatssekretär hat sich rein auf die finanzielle Seite der Frage beschränkt und ist nicht auf die bestehenden Verhältnissen eingegangen. Schuld an den Verhältnissen trägt vielfach eine gewisse Bequemlichkeit der unteren Beamten, die einfach die Gesuche ablehnen mit der Motivirung, es seien keine Mittel vorhanden. Ein Veteran aus Meiningen schreibt meinem Freunde Müller-Meiningen, daß ihm die Beihilfe verweigert worden sei, weil sein Augen-, Ohren- und Kopfleiden nicht nachweisbar mit den Strapazen des Krieges zusammenhängt. Das wird aber im Gesetz gar nicht verlangt. Die Gewährung von Unterstützung an alte bedürftige Veteranen ist neuerdings um so dringender, da die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen sind. Ich hoffe, daß den ehrlichen Veteranen, die ihre Schuldigkeit gethan haben, ihr Ehrensold im vollen Maße zu Theil wird (Beifall links.)

Prinz Schönaich-Carolath (Hosp. d. Natlib.): Der Reichstag wird auf jeden Fall zum Zwecke der Versorgung der Kriegsinvaliden die Gelder bewilligen. Sache der Regierung ist es, neue Einnahmequellen zu suchen. Ich plaidire dafür, daß wir in einem Nachtragsetat bereits für das laufende Jahr das Nöthige bewilligen. (Bravo! bei den Natlib.)

Nißler (K.): Den Veteranen wird erst dann geholfen werden können, wenn mein Antrag angenommen wird. Die Mittel für diesen Zweck müssen gefunden werden. Das ist eine patriotische Pflicht.

Stadthagen (SD): Die Ausführungen des Herrn von Thielmann standen im direkten Gegensatz zu der Haltung des Grafen Posadowsky im Jahre 1895. Damals hielt Graf Posadowsky die 120 Mk. für ausreichend zu einem, wenn auch dürftigen Leben und unser Antrag auf Erhöhung der Beihülfe von 120 auf 160 Mk. wurde von der Regierung und der Rechten scharf bekämpft. Hätten Sie (nach rechts) unseren damaligen Antrag angenommen, dann wäre den Veteranen wirklich geholfen, von Ihrem Wohlwollen werden sie aber nicht satt. — Die Verwaltungsbehörden verweigern die Gewährung der Beihülfe häufig aus Gründen, die direkt gegen das Gesetz verstoßen. Der Regierungspräsident in Danzig theilte einem Veteranen auf sein Gesuch mit: Vor Ihnen sind bereits ältere Veteranen aus den Feldzügen von 1848, 1849 und 1864. Das Gesetz sieht aber nur Beihilfen für die Kriegstheilnehmer von 1864, 1866, 1870/71 vor. Für die Veteranen aus dem sog. Kriege von 1848/49 ist ein besonderer Fonds, „Der Nationaldank", geschaffen, der aber nur für in Preußen lebende Veteranen Mittel bewilligt. Einem solchen Veteran, der drei Medaillen vorweisen konnte, wurde die Unterstützung versagt, weil er in Bayern lebte. Das ist der Dank des Vaterlandes. Selbst schon bewilligte Beihilfen werden gegen das Gesetz wieder entzogen, wenn Unterstützung aus irgend einer Invaliden-, Knappschafts- oder ähnlichen Kasse eintritt. (Hört, hört! bei den Soz.) Herr v. Rheinbaben erklärte als preußischer Polizeiminister, er werde für möglichst wohlwollende Auslegung des Gesetzes sorgen. Nicht nur im Falle der völligen Erwerbsunfähigkeit solle die Beihilfe eintreten, aber der Berliner Polizeipräsident hat ein Gesuch ablehnend beschieden, obwohl er die völlige Erwerbsunfähigkeit des Betreffenden nicht bestritt, nur aus dem Grunde, weil mit Rücksicht auf die Einnahmen des bei dem Betreffenden wohnenden Sohnes nicht anerkannt werden könne, daß er unterstützungsbedürftig sei. Ihre (nach rechts) Vertrauensseligkeit gegenüber den Behörden ist der Hauptgrund, weshalb derartige Gesetze so wenig wohlwollend angewendet werden. Vor einem Jahre erklärte Dr. Arendt, er würde, falls den Veteranen nicht das gebilligt würde, was ihnen gebührt, sogar die Kolonialforderungen ablehnen. Wenn Sie nicht Wort halten, können Sie auch nicht verlangen, daß die Regierung auf ihre Worte Werth legt. Die Wehrsteuer belastet die ärmsten Klassen am stärksten. An ihrer Stelle möchte ich Ihnen lieber eine Ordenssteuer empfehlen. Die Dankbarkeit der Bourgeoisie für die Veteranen zeigt sich darin, daß man sie träge Leute nennt, wenn sie bei den Wahlen für die bürgerlichen Parteien stimmen. Hoffentlich werden die Veteranen einsehen: Wer nur auf die Regierung baut und hat nichts, und wer immer auf die Reichstagsmehrheit vertraut, der kriegt nichts von nun an bis in alle Ewigkeit. (Heiterkeit und Beifall b. d. Soz.)

Speck (Z.): Der Grund der vielen Beschwerden liegt an den gesetzlichen Bestimmungen. Eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse ist dringend nothwendig. Im Prinzip stehe ich der Wehrsteuer nicht ablehnend gegenüber. Stadthagen hat eine Ordenssteuer vorgeschlagen. Ihm gehört der Ruhm, diese neue Steuer angeregt zu haben. Wäre der Antrag der Sozialdemokraten damals angenommen, so hätten die Veteranen heute gar nichts, denn die Regierung würde niemals 360 Mark bewilligt haben. Wir wünschen den Veteranen, daß dieselben zu ihrem Rechte kommen. (Beifall.)

Dr. Arendt (Rp.): Die Ausführungen des Abgeordneten Stadthagen bewegten sich auf einem Niveau, auf das ich nicht herabsteigen möchte. Der Schatzsekretär hat eine Aversion gegen neue Steuern und scheint die Initiativen für neue Steuern dem Reichstage überlassen zu wollen. Ich kann nur mein Bedauern aussprechen, daß die Antwort des Reichsschatzsekretärs nicht den berechtigten Erwartungen entsprochen hat, die wir gehegt haben. Immerhin hoffe ich noch immer auf eine Verständigung. (Beifall rechts.)

Hiermit schließt die Besprechung.

Die Sitzung wird vertagt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation Oriola, betr. die Reform der Militärgesetzgebung. Interpellation Albrecht und Genossen, betr. Arbeitslosigkeit.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Siegburg-Waldbröl ist nach amtlicher Feststellung der Kandidat des Zentrums, Amtsrichter Dr. Becker mit 11 160 gegen 3768 Stimmen, welche von den vereinigten Gegenparteien unter dem Namen „Reichsfreunde" für den Fabrikanten Rolffs in Siegburg abgegeben wurden, gewählt worden; 85 Stimmen waren zersplittert. Bei der Hauptwahl von 1898 fielen auf den Zentrumskandidaten 11 235, den Kandidaten der Deutschen Reichspartei 3624 und den Kandidaten des Bundes der Landwirthe 645, auf Bebel 138 und Richter 61 Stimmen. Die „Germania" bemerkt dazu: Die Mitglieder des Bundes der Landwirthe scheinen also wiederum gegen den Zentrumskandidaten gestimmt zu haben.

Die Budgetkommission des Reichstages wird in diesem Jahre viel weniger zu thun haben als in früheren Jahren. Es sind ihr diesmal weit kleinere Theile des Etats als früher zur Vorprüfung überwiesen worden, im Wesentlichen nach den Vorschlägen, die Abg. Richter im Anschluß an die Verhandlungen des Seniorenkonvents vor Weihnachten gemacht hat. Danach sind von den fortdauernden Ausgaben nur einige wenige Titel aus den verschiedenen Ressorts überwiesen, abgesehen von dem gesammten Etat für die Expedition nach Ostasien. Vom Extraordinarium sind die einmaligen Ausgaben des Militäretats, des Marine- und des Eisenbahnetats und die „ersten Raten" des Postetats überwiesen, von den Etats der Schutzgebiete im Wesentlichen nur die Forderungen für Eisenbahnbauten. Außerdem sind, wie stets, die bei der Bilancirung des Etats in Betracht kommenden Einnahmetitel überwiesen worden. In den Vorjahren wurde das gesammte Ordinarium des Postetats, Militär- und Marineetats und der Etat des Auswärtigen Amtes der Kommission überwiesen.

Die Zolltarifkommission des Reichstages ist auch am Mittwoch in ihren Berathungen keinen Schritt weiter gekommen. Die ganze Sitzung wurde mit der Berathung zweier, von Seiten unserer Parteigenossen zu § 1 gestellter Anträge ausgefüllt, von denen der eine die alte Frage der Schaffung eines Rechtsweges in Zollsachen betrifft, der andere die Forderung, daß die Grundbesitzer mit mehr als 100 Hektar, solange die Getreidezölle erhoben werden, für jeden Hektar das Zehnfache des auf den Doppelzentner Weizens gelegten Zolles an das Reich zahlen sollen. Beide Anträge wurden schließlich nach langer, theilweise sehr erhitzter Debatte abgelehnt. Dem ersteren Antrage widmete Stadthagen einen anderthalbstündigen Vortrag, den die Mehrheit der Kommission selbstverständlich mit großer Unruhe anhörte. Als darauf der bujavarische Zentrumsmann Dr. Heim gegen den Antrag gesprochen und mit der Bemerkung geschlossen hatte, daß er nicht die Frechheit zu derartig unzutreffenden langen Auseinandersetzungen wie Stadhagen habe, folgte eine sehr erregte Szene. Singer erklärte, die Frechheit, über den Antrag eine Stunde zu reden, solle Herrn Heim nicht bestritten werden. Stadthagen wandte sich persönlich gegen Heim; er wolle Heims Fähigkeit, einen blödsinnigen Antrag zu stellen, welcher einen Diebstahl an Zeit und Vernunft bedeute, nicht bestreiten. In dieser Tonart ging es noch eine Zeit lang weiter. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder ließ resignirt alles über sich ergehen.

Ein Bündel neuer Anträge zum Zolltarifgesetz ist der Zolltarifkommission zugegangen. Von den Abgeordneten Molkenbuhr, Singer und Stadthagen (Sozialdemokraten) ist eine zweite Serie von 15 Anträgen zu den einzelnen Paragraphen des Zolltarifgesetzes eingebracht worden; eine größere Zahl betrifft die in § 3 enthaltenen Zollbefreiungen, die nach verschiedenen Richtungen hin erweitert werden sollen; ferner sollen die im Tarif nicht besonders genannten Waaren (§ 6) zollfrei werden; schließlich verlangen sie ebenfalls (wie Antrag Fischbeck) die Zinslosigkeit der gestundeten Zollbeträge. Fischbeck (FVp.) beantragt weiter folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, sofort die Einsetzung einer aus Vertretern der verbündeten Regierungen und des Reichstages zusammengesetzten Kommission zu dem Zwecke zu bewirken, die geschäftliche Thätigkeit, Absatzbedingungen 2c. der deutschen Verkaufsvereinigungen (Syndikate, Trusts, Kartelle, Ringe 2c.) einer Prüfung zu unterziehen." Ein Zentrumsantrag fordert die Mittheilung folgenden statistischen Materials an die Kommission: 1) Die von einzelnen Gemeinden erhobenen Abgaben von Lebensmitteln und Getränken, deren Höhe und Ertrag, 2) die Ausgabe, Verwendung und Anrechnung von Einfuhrscheinen nach Waarengattungen, 3) die gewährten Zollkredite und deren Höhe für die Haupteinfuhrartikel, 4) die bestehenden gemischten Transitlager für Holz und deren Verkehr. Die Abgeordneten Müller-Fulda und Pingen (Z.) allein beantragen zu einem Antrage von Wangenheim-Pyritz und Gen., betreffend die Ausnahme von Säcken von der Zollfreiheit, die Bestimmung hinzuzufügen: „soweit diese nicht zur Ausfuhr von Zucker dienen." Außerdem ist ein Antrag Gothein eingegangen über die Verzollung von Waaren, deren zollamtliche Untersuchung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist.

Die Polenschlacht im preußischen Abgeordnetenhause wurde Mittwoch glücklich zu Ende geführt, ohne daß noch etwas Neues dabei zu Tage getreten wäre. Interesse bringen weder die Abgeordneten noch das Publikum dem Gegenstande mehr entgegen, wie das schwach besetzte Haus und die leeren Tribünen zur Genüge bewiesen. Ganz besonders thaten sich diesmal im Kampfe gegen die Polen die Abgg. Schmieding (NL.) und Gördeler (frk.) hervor. Herr Schmieding, ein westfälischer Kohlenbaron, ist von Angst und Sorge wegen des Umsichgreifens der polnischen Bewegung im Ruhrrevier erfüllt. Und dabei muß er selbst zugeben, daß die Industriellen des Westens die polnischen Arbeiter hingelockt haben, weil sie an ihnen billigere Arbeitskräfte zu finden hofften. So lange die Schlotbarone die Arbeiter brauchten, war von einer polnischen Gefahr im Westen nichts zu spüren; jetzt, wo die Konjunktur ungünstiger wird, möchten sie die Arbeiter wieder abschieben und malen dazu plötzlich die polnische Gefahr an die Wand. Herrn Goerdeler reichen die bestehenden Gesetze nicht aus, um die Polen zu bekämpfen; er will, daß in Versammlungen und vor Gericht nur deutsch gesprochen wird, und da über Verordnungen, die den Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen verbieten, wie er sich geschmackvoll ausdrückte, stets das Damoklesschwert des Ober-Verwaltungsgerichts hängt, so verlangt er eine Aenderung des Vereinsgesetzes in dem Sinne, daß in öffentlichen Versammlungen nur noch deutsch gesprochen werden darf. Auch der Justizminister Schönstedt, der sich bisher trotz der schweren Angriffe der polnischen Redner auf die preußische Justiz in Reserve gehalten hatte, griff in die Debatte ein, um die Richter, die über die Wreschener Vorgänge zu Gericht gesessen, mit Lobpreisungen zu überhäufen und zugleich den gesammten preußischen Richterstand gegen den Vorwurf zu vertheidigen, daß sie sich jemals in den Dienst der Politik oder einer Partei gestellt haben. Herr Schönstedt scheint über gewisse politische Prozesse nur schlecht informirt zu sein. Die übrigen Reden des letzten Tages der Polen-Debatten, einschließlich der des Kultusministers Studt, sind kaum der Erwähnung werth.

Drauf auf den Tabak! Kaum hat der Reichsschatzsekretär seine Gelüste zur höheren Besteuerung des Tabaks verrathen, kommt — wenn auch nicht unerwartet — von anderer Seite eine neue Bedrängniß der so arg gequälten Tabakindustrie. Herr v. Heyl, der auf einem Theil seines riesigen Grundbesitzes auch Tabak baut, hat in der Zollkommission den Antrag gestellt, den Zoll auf Tabak von 85 auf 125 Mark pro 100 Kilogramm zu erhöhen. Die Regierung unterließ eine Erhöhung des Zolls auf Tabak im Zolltarif, weil sie für den Fiskus mehr aus dem Tabak herausschlagen will durch ein Steuersystem, das alle Tabake — auch den einheimischen — und Tabakfabrikate höher, als bisher belastet. Herr von Heyl will aber höhere Preise für seinen „Pfälzer" erzielen und verlangt Zollschutz. Dieser Widerstreit zwischen Regierung und ihren Trabanten ist ergötzlich. Die Einbringung seines Antrages hat übrigens Herrn von Heyl in den Verdacht heimlicher Obstruktion gebracht, da ja in der Zollkommission neue Debatten durch ihn hervorgerufen werden.

Parlamentarisches. Die Petitionskommission des Reichstags hielt Mittwoch eine Sitzung ab. Eine Petition der Kolonie Wilhelmsberg bei Berlin auf Einbeziehung in die 5 Pfennig-Briefzone wurde dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Dem Reichskanzler zur Erwägung wurde eine Petition der Handwerkskammer von Liegnitz auf Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe überwiesen. Uebergang zur Tagesordnung wurde von der Kommission beschlossen über eine Petition der Arbeiter der Spandauer Militärwerkstätten, welche um Rückzahlung des von der Regierung einbehaltenen Restes der Pensionskasse petitionirt hatten. Die Pensionskasse ist aufgelöst worden durch Beschluß der Generalversammlung, bei der die Arbeiter selbst stimmberechtigt waren. — In der Budget-Kommission des Reichstags wurde der vom Abg. Prinz von Arenberg (Z.) verfaßte Bericht betr. die Uebernahme einer Garantie des Reichs in Bezug auf eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mwogoro festgestellt. Der Bericht umfaßt 17 Druckseiten, mit den Vorlagen und Beilagen sogar 39 Seiten. Sodann wurden die Referate vertheilt. Die nächste Sitzung der Budget-Kommission soll am Donnerstag, 10 Uhr, stattfinden. In derselben soll mit den ordentlichen Ausgaben des Militär-Etats begonnen werden. Am Sonnabend und Montag soll keine Sitzung stattfinden. Dienstag: Marine-Etat.

Der Sendbote. Wie im Jahre 1896, nach der bekannten Depesche des Kaisers an Ohm Krüger, so wird auch jetzt wieder der Vizeadmiral Frhr. v. Senden-Bibran nach England geschickt, um dem König der Briten ein kaiserliches Handschreiben zu überreichen. Diese Thatsache kündigt den Hitzegrad der Verstimmung zwischen England und Deutschland weit sicherer an, als tausend Hintertreppen-Nachrichten mit ihren unvermeidlichen Dementis. Herr v. Senden-Bibran taucht bei ernsten politischen Differenzen mit England prompt auf, wie Herr Lukanus bei Entlassungen preußischer Minister. Herr v. Bülow hat also mit seinem Granitbeißen eine ähnliche Temperatur der Stimmung in England veranlaßt, wie Wilhelm II. mit seinem flotten Telegramm gegen Jamesons Einfall. Die Mission Senden-Bibrans wird bereits durch ein höchst ungeschicktes offiziöses Dementi bestätigt.

Das bayerische Postreservat. Bei der Berathung des Postetats in der Kammer der Abgeordneten sprachen sich Mittwoch alle Redner energisch für die Beibehaltung des bayerischen Postreservats aus. Bezüglich der eigenen bayerischen Postmarken forderte allein Diehl (pfälzischer Liberaler) die Einführung der deutschen Einheitsmarke. Vollmar (SD.) hielt das letztere nicht für unmöglich, will aber abwarten, wie der Versuch in Württemberg mit der Einheitsmarke ausfällt. Der Ministerpräsident Graf Crailsheim erklärte: „Ich lege der Sache keine nationale Bedeutung bei und glaube, wir können doch sehr gute Deutsche sein, wenn wir auch unsere bayerische Marke beibehalten." Nach weiteren Ausführungen über diese Sache sagte der Ministerpräsident: „Rechtlich genommen, tritt bei der Einführung der Einheitsmarke an Stelle des unbedingt sicheren Anspruches auf Entgelt für alle Einzelleistungen der Post gegenüber dem Aufgeber der Anspruch der bayerischen Postverwaltung gegen die Reichspostverwaltung auf eine verabredete Pauschalsumme. Die bestehenden Abmachungen würden bei Aufgabe der eigenen Postmarken verschoben. Ich bin der Ansicht, daß durch die Einführung der Einheitsmarke unser Reservatrecht berührt und bis zu einem gewissen Grade beeinträchtigt wird. Aus diesem Grunde kann die bayerische Regierung die Hand zu einem solchen Vertrage nicht bieten."

Vom Granitbeißen. In seiner Reichstagsrede gegen Chamberlain gebrauchte Graf Bülow eine Wendung, die ganz besonders einschlug: „Sie werden auf Granit beißen." Als der Herr Reichskanzler diese Worte Friedrich dem Großen in den Mund legte, hat er glücklich vorbeizitirt. Man schreibt dem „Rheinischen Kurier": „Die Wendung: „Sie werden auf Granit beißen!" stammt von Napoleon I., ist ganz sein Stil und lautet: „Laissez-les, ils mordront sur du granit!" (aus den Erinnerungen von St. Helena). Niemals habe ich gehört oder gelesen, daß irgend wer diese Worte Friedrich dem Großen zuschreibt."

Finanzsorgen sind jetzt ein stehendes Thema in den deutschen Bundesstaaten. Im Großherzogthum Hessen hat die Regierung wegen des durch Steigerung der Matrikularbeiträge entstandenen Defizits sich veranlaßt gesehen, im Finanzgesetz eine Erhöhung der Vermögenssteuer in Vorschlag zu bringen und einen erheblichen Bruchtheil des Fehlbetrages aus Ueberschüssen früherer Finanzperioden zu decken. Ob die Erhöhung der Vermögenssteuer, die im Lande auf Widerstand stößt, zur Ausführung kommt, steht dahin. — Mittwoch wurde der Braunschweigische Landtag eröffnet. Staatsminister v. Otto theilte in der Eröffnungsrede mit, daß der Etat zwar mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließe, daß derselbe aber ohne Erhöhung von Steuern durch Ueberschüsse aus früheren Jahren gedeckt werden könne.

Noch ein Pistolenduell hat, wie dem „Jenaer Volksblatt" von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, am vorigen Sonnabend in der Stunde von 8—9 Uhr vormittags, und zwar ebenfalls auf dem „Stern" stattgefunden. Nach der Angabe des Gewährsmannes des Blattes wurde im ganzen fünfmal geschossen. Einer der Duellanten, die unerkannt geblieben sind — man vermuthet jedoch, daß sie studentischen Kreisen angehörten — soll eine Verwundung davongetragen haben. — Die Schießerei nimmt also ihren Fortgang! Es ist hohe Zeit, daß dem Duellblödsinn energisch gesteuert wird.

Ueber die jüngsten Kämpfe in Kamerun meldet das „Deutsche Kolonialblatt": Nach einem nunmehr eingetroffenen Telegramm Pavel's wurden Basut und Bandeng nach zehntägigen, vom 10. bis 20. Dezember währenden Kämpfen genommen. Der Feind war theilweise mit Hinterladern bewaffnet. Auf deutscher Seite wurde Hauptmann

Glauning leicht am Auge verwundet, 2 schwarze Soldaten wurden getödtet, 14 verwundet. Der Feind hatte starke Verluste an Todten und Gefangenen. — Weshalb liegt noch immer keine amtliche ausführliche Meldung vor?

Kleine politische Nachrichten. Ueber den Toleranzantrag des Zentrums weiß die agrarische „Deutsche Tageszeitung" zu berichten: „Wie wir wissen, legt das Zentrum großen Werth darauf, daß der Antrag möglichst bald zur zweiten Berathung gelangt. Es ist sonach zu erwarten, daß er an einem der nächsten Schwerinstage das Plenum des Reichstages wieder beschäftigen werde." — Die Interpellation Radziwill (Polenfrage), deren Besprechung vor Weihnachten begonnen worden war, scheint im Reichstage vorläufig zurückgestellt zu sein. Im Vordergrunde der Verhandlungen soll zunächst die Fortsetzung der vor Weihnachten unterbrochenen zweiten Lesung der Seemannsordnung und der Beginn der zweiten Lesung der von der Kommissionsberathung ausgeschlossenen Etatstheile stehen. — Der Abgeordnete Dr. Lieber (Ztr.) wird in den nächsten Tagen an den Arbeiten des Reichstages und besonders der Budgetkommission wieder vollen Antheil nehmen. — Ueber die Verlegung der Landesgrenze gegen Dänemark an der Norderau und der Kjärmühlenau ist dem Reichstag ein Gesetzentwurf zugegangen. Es handelt sich nur um die formelle Gutheißung eines bereits im preußischen Landtage in der vorigen Session angenommenen Staatsvertrages, der am 12. Februar 1900 in Kopenhagen abgeschlossen worden ist. — Aus Insterburg wird der „Voss. Ztg." gemeldet, die Nachricht, daß der nächste Verhandlungstermin im Krosigk-Prozesse auf Mitte Februar festgesetzt ist, sei unrichtig. Das sei schon wegen der Kürze der Zeit unmöglich. — Ueber einen schweren Unfall wird aus Myslowitz (Oberschlesien) gemeldet: Sechs an der Schwarzmühle in Petrenbach beschäftigte Maurer wollten wegen drohenden Hochwassers Baumaterialien in Sicherheit bringen. Als sie das Gerüst betraten, stürzte dieses ein und die Arbeiter fielen in die Weichsel. Nur einer konnte gerettet werden, die anderen fünf ertranken. — Bei der Ersatzwahl zum österreichischen Abgeordnetenhause wurde in Trautenau der bisherige alldeutsche Abgeordnete Wolff, der sein Mandat bekanntlich niedergelegt hatte, trotz der schweren, gegen ihn erhobenen sittlichen Vorwürfe mit einer Mehrheit von 350 Stimmen wiedergewählt. Das ist wohl nur in Oesterreich möglich! — Die Bergungsarbeiten im Jupiterschachte waren bisher unmöglich, da der Schacht bis Mittwoch Abend nicht wasserfrei, daher unzugänglich war. Es wird nunmehr kein Zweifel mehr gehegt, daß die im Jupiterschachte Eingeschlossenen umkamen. Die Zahl der Opfer beträgt 44, davon waren 31 verheirathet. — In Frankreich haben die Staatsanwälte in Paris, Lyon, Bordeaux, Marseille und anderen Städten strafrechtliche Untersuchungen gegen mehrere Mitglieder des Jesuitenordens wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz angeordnet. Mehrere Jesuiten, darunter der bekannte Pater Dulac, sind beschuldigt, eine Vereinigung gebildet zu haben, die dem neuen Vereinsgesetz nicht entspricht. — In Nizza soll ein preußischer, nach anderen Meldungen ein bayerischer Offizier unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden sein. In Wirklichkeit scheint wieder ein Mißgriff vorzuliegen. — Der italienische Senat nahm mit 117 gegen 35 Stimmen die von der Kammer bereits genehmigte Vorlage, betr. die Schaffung eines Arbeitsamts, an. — Zwischen Mitgliedern von mazedonischen Banden und Gegnern des mazedonischen Komitees tobte in Sofia ein heftiger Straßenkampf. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. — Ungefähr 2500 in Yemen (Arabien) entlassene türkische Soldaten meuterten in Clazomenes, wo sie in Quarantäne waren. Die Soldaten verlangten die Zahlung ihres rückständigen Soldes und der Sultan hat nun Schakir Pascha mit Geld dorthin entsandt.

Belgien.

Die Kammersitzung am Dienstag artete in einen großen Tumult aus, der dadurch entstand, daß die Regierung die bereits von der Kammer angenommene und dem Senatsausschuß zugewiesene Vorlage, betr. die Dotationen, zurückzog. Die Regierung griff zu dieser Maßregel, weil die Abgeordneten durch Annahme dieses Entwurfes freie Fahrt auf allen Staatsbahnen erhalten hätten. Die Abg. Neujean und Janson erklärten, das Kabinet verdiene auf die Anklagebank gesetzt zu werden. Ein von der Kammer genehmigter Entwurf dürfe nicht zurückgezogen werden. Der klerikale Führer Woeste erklärte, der vorige Entwurf sei nur mit 52 gegen 50 Stimmen angenommen worden und sei somit ein Zufallsvotum. Bei diesen Worten erhob sich die gesammte Linke und verlangte vom Präsidenten einen Ordnungsruf. Der Präsident ertheilte denselben nicht, sondern hob die Sitzung auf. Nach einer halben Stunde wurde die Berathung wieder aufgenommen, aber die Linke ließ Woeste nicht zu Worte kommen, so daß der Präsident die Sitzung vertagen mußte.

Spanien.

Die Lage in Barcelona hat sich wieder verschlimmert. Die Ausständigen haben sich bewaffnet und machten einen Angriff auf verschiedene Fabriken, bemächtigten sich der Werkzeuge und zerstörten die Maschinen. Die Bürgergarde ging gegen die Ausständigen vor. In einer Versammlung der Metallarbeiter wurde beschlossen, den Streik fortzusetzen; man glaubt, daß die Ausständigen ihn 6 Monate hindurch werden aushalten können, da sie Unterstützungen vom Auslande erhalten. Die Arbeitgeber der Metallfabriken richteten an die Senatoren, Deputirten und an die Behörden eine Denkschrift, in welcher sie ausführten, sie wendeten sich zum letzten Mal an die Einsicht der Arbeiter; sie bemerken weiter, die Werkstätten würden am Mittwoch auf Grundlage des 10stündigen Arbeitstages geöffnet sein, sie versprächen gerechten Beschwerden Gehör zu geben, allein, wenn der Ausstand und die Akte der Einschüchterung andauerten, würden sie die Werkstätten schließen, indem sie die Freiheit, auszuwandern und sich unter den Schutz eines fremden Landes zu stellen, in Anspruch nehmen. — Wenn die Arbeitgeber mit ihren Zusagen Wort halten, kann der wirthschaftliche Frieden rasch hergestellt werden.

Steuer-Revolten sind in den Städten Miranda und Salamanca ausgebrochen. Vorläufig behielten die Steuerverweigerer die Oberhand. Die Einnehmer mußten in die Gensdarmeriekasernen flüchten und sind dort zusammen mit ihren polizeilichen Schützern auf die Defensive angewiesen. Auch in San Sebastian ist es Dienstag zu Unruhen gekommen, aber aus einem anderen Grunde. Am Dienstag Abend beschloß nämlich der dortige Stadtrath, das rohe Spiel zu verbieten, das darin bestand, daß Stiere, an lange Seile gebunden, gegen das Publikum in den Straßen unerwartet losgelassen wurden, wobei jährlich viel Unglück herbeigeführt wurde. Ein Volkshaufen protestirte gegen die Abschaffung dieses „Spiels" und steinigte den Stadtrath. Auch die Gensdarmen wurden angegriffen. Es gab viele Verwundete. Erst Nachts 11 Uhr, nachdem Truppen eingeschritten waren, wurde die Ordnung wieder hergestellt. Die Erregung dauert indessen fort.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Kitcheners Wochenrapport aus Johannesburg, vom 13. Januar meldet neben den üblichen Angaben über „gefangene" Buren ziemlich unzuverlässige Nachrichten über Truppenbewegungen der Buren und der sie „in Athem haltenden" Engländer. Es heißt darin: Seit dem 6. Januar sind 20 Buren gefallen, 9 sind verwundet und 203 gefangen genommen worden, während sich 93 ergeben haben. Im östlichen Transvaal scheint (!) sich der Feind zerstreut zu haben, obwohl er daselbst 500 seiner besten Streiter zusammengezogen hatte, um bei Ondverwacht gegen Plumer vorzugehen. Die Hauptmasse des Feindes im westlichen Transvaal steht westlich von Rustenburg. Die Hauptansammlungen von Buren im Oranjefreistaat sind beim Wilgefluß und südlich von Bethlehem. Verschiedene englische Truppenabtheilungen halten diese Kommandos in Athem. Munro, Lovat und Follet streifen durch das Dreieck zwischen Jamestown, Aliwalnorth und Ladygrey in der Kapkolonie, wo kleine Burenabtheilungen stehen; im Westen der Kapkolonie wird der Feind noch nach Norden zurückgedrängt und es werden Proviantdepots errichtet, welche als Stützpunkte für künftige Operationen jenseits der neuen Blockhauslinie dienen sollen.

Was Kitcheners so viel gerühmte Blockhauslinien werth sind, zeigt eine Meldung aus Ladybrand: Sie lautet: „In der Nacht zum Dienstag durchstürmten 25 Buren zu Pferde die Blockstationen in der Nähe von Tabanchu unter heftigem englischen Feuer. Diese Buren zogen nach der Richtung von Dewetsdorp und gehörten dem Kommando Brand an. Eine große Menge Getreide ist bei den letzten Expeditionen, welche bezweckten, das nordwestliche Gebiet zu säubern, zerstört worden." — Ein solch' kleiner Trupp also ist im Stande, durchzubrechen. Die englischen Scharfschützen haben offenbar keinen einzigen Buren getroffen. Dafür haben sie aber im Niederbrennen von Getreidefeldern Erkleckliches geleistet. Und nun soll irgend eine Armee der Welt nicht stolz darauf sein, mit diesen Helden verglichen zu werden!

Ein großes Kesseltreiben veranstalten die Engländer augenblicklich wieder einmal, um Dewet zu fangen. Nach der „Daily Mail" will man sogar den kühnen Burenführer im östlichen Distrikt des Oranjefreistaates bereits in die Enge getrieben haben. Das mag möglich sein, aber Dewet wird sich schon wieder, ehe die Engländer es vielleicht ahnen, durchbeißen.

Das Kapparlament wurde abermals, diesmal bis zum 4. März, vertagt. Die Kap-Regierung muß vor der Kritik der Abgeordneten höllische Angst haben, oder um die Sache der Engländer steht es noch immer herzlich schlecht, denn ein anderer Grund läßt sich für die fortwährende Beiseiteschiebung des Parlamentes nicht ausfindig machen.

Amerika.

Der drohende Streik von 40000 Arbeitern der Kleiderbranche in New-York, die statt neunstündiger Arbeitszeit die achtstündige verlangten, ist, wie man dem „B. T." kabelt, durch das Eingreifen des kürzlich gemeldeten permanenten Schiedsgerichts, dem der Senator Hanna als Präsident angehört, abgewendet worden. Es wurde ein Kompromiß auf 8½stündige Arbeitszeit angenommen.

Korea.

Eine nette Finanzwirthschaft scheint in Korea zu herrschen. Eine Wladiwostocker Depesche der „Nowoje Wremja" meldet, daß nach Berichten aus Soeul der koreanische Finanzminister dem Kaiser einen Gesetzentwurf vorlegte, wonach alle Kreispräfekten, die die von ihnen eingezogenen Abgaben und Steuern der Staatskasse nicht überwiesen haben, verhaftet werden sollen. Diejenigen Beamten, welche mehr als 10000 Dollars schulden, werden mit dem Tode bestraft. Der Kaiser unterzeichnete das Gesetz. Die Zahl der Schuldner beträgt über 1000. Die Schuldmasse macht insgesammt 10 Millionen aus. Viele Präfekten, die bisher Jahre hindurch die Steuern hinterzogen haben, führen jetzt die Steuern zur Staatskasse ab.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 16. Januar.

Nulla dies sine linea, kein Tag ohne Anpöbelung der Sozialdemokratie von Seiten eines Blattes, das an der Spitze stolz firmirt „Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck". Diesmal muß das verkrachte Saalbauunternehmen in Fürth, mit dem sich unsere dortigen Genossen bekanntlich verspekulirt haben, und der Fall Opificius in Pforzheim (Baden) herhalten. Die Leser unseres Blattes sind eingehend und objektiv darüber unterrichtet worden, wie beide Fälle in Wirklichkeit liegen. Wir glauben daher auch nicht nöthig zu haben, nochmals uns des Eingehenden damit zu beschäftigen, und dem Amtsblatt gegenüber die Wahrheit festzustellen, zumal bei der Bornirtheit, mit dem dieses so vornehm sich dünkende Blatt — das seine Aufgabe einzig und allein in der Polenabschlachtung, Zentrumshatz und Besudelung der Sozialdemokratie erblickt — redigirt wird, alle Mühe doch vergebens wäre, dasselbe eines Besseren zu belehren. Gönnen wir den Zabel und Genossen das harmlose Vergnügen!

Gewerkschafts-Kartell. Die gestern Abend stattgehabte Kartellversammlung wurde vertagt. Sie findet nunmehr am Montag, den 20. Januar, statt.

Seemannsleiden. Der der hiesigen Hanseatischen Dampfschifffahrtsgesellschaft gehörende Dampfer „Elbe" war auf seiner Reise von Nord-Shields nach Rostock der Schauplatz einer Schlägerei zwischen dem befehlshaberischen Steuermann J. Witt und dem Zimmermann Bergmann. Am Morgen des 28. Dezember befahl der Steuermann dem Zimmermann, Seifenwasser zum Waschen zu machen. Kaum hatte dieser den Auftrag ausgeführt, als seitens des Steuermanns der Befehl gegeben wurde, jetzt erst die Lampen zu reinigen. Bevor diese Arbeit beendet war, erscholl schon wieder die Stimme des Steuermannes, der in gerade nicht sehr höflichem Tone fragte, ob gewaschen werden sollte oder nicht. Als ihm erwidert wurde, daß doch erst die Lampen gereinigt werden sollten, mußte der Aufforderung des Steuermannes, sofort beim Farbenwaschen anzufangen, Folge geleistet werden. Die Frage des Zimmermanns, wo denn begonnen werden solle, beantwortete der Steuermann mit der für ihn sehr charakteristischen Bemerkung: „Sie stellen sich gerade wie ein dummer Junge an:" Nach weiteren unqualifizirbaren Aeußerungen des Steuermannes entstand ein kleiner Wortwechsel, der dem Steuermann Veranlassung gab, von der Kommandobrücke herunterzukommen und dem Zimmermann derart ins Gesicht zu schlagen, daß dieser niederstürzte. Alsdann schlug der Steuermann unbarmherzig auf den am Boden Liegenden los. Schließlich gelang es aber dem Zimmermann, sich aufzuraffen; er wehrte sich jetzt seiner Haut. Im gleichen Augenblick kam der Kapitän Krellenberg an Deck und schlug nunmehr gleichfalls auf den Zimmermann los, sodaß dieser sich gezwungen sah, vom Kapitän verfolgt, schleunigst in seine Kammer zu retiriren. Der „humane" Kapitän sah sich, nachdem er bemerkte, daß seine Verfolgung erfolglos geblieben war, veranlaßt, dem Steuermann gegenüber eine äußerst rohe Bemerkung über den Zimmermann zu machen. Als Letzterer nun auf Aufforderung des Kapitäns wieder an Deck kam und dem Führer des Schiffes den wahren Sachverhalt erzählte, stürzte sich der Steuermann abermals auf den Zimmermann, warf diesen gegen den Bunker und brachte ihm mehrere kleinere Verletzungen bei, sodaß der Zimmermann sich blutend nach seiner Kammer begab. Am Nachmittag war es dem Verletzten unmöglich, sich zu erheben; als der Käpitän dieses hörte, wollte er den Zimmermann holen. Er hatte sich aber wahrscheinlich von den Verletzungen des Zimmermannes überzeugt, denn nach Verlauf von 5 Minuten sah man den Kapitän mit einer gefüllten Flasche zur Kammer des Zimmermannes gehen, um diesem die schmerzenden Stellen einzureiben. Auch von Seiten der übrigen Schiffsbesatzung wurde über den Steuermann lebhafte Klage geführt; so haben in Rostock vier Mann der Besatzung abgemustert, um dem Machtbereiche des rohen Steuermannes zu entrinnen. Hoffentlich wird Letzterem durch die Gerichte bewiesen, daß er auch seine Untergebenen als Menschen zu behandeln hat. — Auch dem Kapitän Krellenberg scheint die Sache etwas gefährlich zu werden, denn er hat die Führung des Dampfers niedergelegt. Warum??

Zur Stammrolle haben sich am Freitag, den 17. ds. Mts., von 9—1 Uhr, anzumelden: die Militärpflichtigen aus den Landgemeinden Schlutup, Beidendorf, Blankensee, Crummesse, Düchelsdorf, Nieder-Büssau, Ober-Büssau, Schattin, Sierksrade, Strecknitz, Utecht, Vorrade und Wulfsdorf.

Auf Grund gerathen ist am Mittwoch Morgen der von Malmö über Kopenhagen in Travemünde eingetroffene schwedische Dampfer „Malmö" auf der Fahrt nach hier. Der Dampfer gerieth an der Priwallseite, gegenüber der Siechenbucht, fest. Da er mit eigener Kraft nicht wieder abkommen konnte, eilte der in Travemünde stationirte Schleppdampfer „Trave" zur Hülfeleistung herbei, doch auch diesem gelang es nicht, den Dampfer wieder flott zu machen. Nunmehr ist von hier aus der Schlepper „Lübeck" mit einem Flußschiffe nach der Unfallstelle entsandt worden, um ev. die theilweise aus Vieh bestehende Ladung zu löschen und dann mit Hülfe beider Schlepper die Abbringungsversuche zu wiederholen.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Eingetretener Umstände halber muß die zu Sonnabend angekündigte Gastspiel-Vorstellung des Herrn Clarence Whitehill ausfallen; dafür findet bei ermäßigten Preisen eine Wiederholung der so überaus beifällig aufgenommenen Sylvester-Vorstellung statt. Zur Aufführung gelangen „Die kleinen Lämmer" und vorher „Kurmärker und Picarde".

pb. **Leichenfund.** Mittwoch Morgen wurde im Gehölz hinter dem Allgemeinen Gottesacker die Leiche eines etwa 50 Jahre alten Mannes an einem Baume hängend gefunden. Dieselbe muß nur kürzere Zeit gehangen haben. Der Todte ist etwa 1,60 Meter groß, mittlerer Natur, und hat bartloses Gesicht. Die Nasenspitze ist stark geröthet. Bekleidet war der Todte wie folgt: Weißleinenes und ein blauwollenes Hemd, graue Normalunterhose, dunkelblauer Cheviot-Jacketanzug, schwarzer weicher Filzhut, grauwollene Strümpfe, schwarze Stiefeletten, weißes Vorhemd und dito Kragen, schwarze, mit gelben Punkten versehene Kravatte. In der Tasche steckte ein weißes Taschentuch, — das Zeichen war herausgeschnitten — und ein Portemonnaie mit 2,35 Mark Geld. Auch lag ein schwarzer, noch guter Regenschirm bei der Leiche. Legitimationspapiere oder Gegenstände, durch welche die Identität der Leiche festgestellt werden konnte, wurden bei derselben nicht gefunden.

pb. **Diebstahl.** In der Nacht zum Mittwoch wurden von einer in der Hundestraße haltenden Droschke vier gelbe Pferdedecken gestohlen. Zwei davon sind mit Schnallen und Riemen versehen.

Einen erfreulichen Aufschwung nahm die hiesige Zahlstelle des Verbandes Deutscher Schneider und Schneiderinnen im verflossenen Jahre. Dieser Aufschwung ist ohne Frage eine Folge der im Vorjahre stattgefundenen Lohnbewegung, welche die Bewilligung sämmtlicher Forderungen ohne Kampf brachte. Hoffentlich halten die organisirten Schneider trotz der schlechten Zeiten fest an der Stange, damit ihnen ihre Errungenschaften nicht wieder geraubt werden.

Achtung Eltern oder Vormünder! Im Interesse ihrer Kinder resp. Mündel, wie auch im eigenen Interesse werden die Eltern oder Vormünder, welche beabsichtigen, kommenden Ostern Knaben in die Schneiderlehre zu geben, ersucht, bei dem Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle des Verbandes deutscher Schneider, C. Aßmann, Große Gröpelgrube 6, Erkundigungen über die Lehrstellen einzuziehen.

* **Kleine amtliche Nachrichten.** Die Geschäfte des durch den Tod des bisherigen, auch für das hiesige Staatsgebiet zugelassen gewesenen Konsuls Martin Burchard erledigten Kaiserlich Japanischen Konsulats in Hamburg werden einstweilen durch die Kaiserlich Japanische Gesandtschaft in Berlin wahrgenommen.

pb. **Kleine polizeiliche Nachrichten.** Gegen einen Arbeiter, der sich des Hausfriedensbruchs schuldig machte, wurde Anzeige erstattet. — Gestohlen wurden aus einem an der Lachswehr gelegenen Hause 1 Damenbeinkleid und ein Damenhemd, gezeichnet A. S., sowie eine L. S. gezeichnete Nachtjacke. — Ein Kellner, der sich der Zechprellerei und des Betruges schuldig machte, wurde zur Anzeige gebracht. — Seitens einer an der Wakenitzmauer wohnhaften Frau wurde angezeigt, daß ihr in der Nacht zum 14. d. M. von ihrem Trockenplatze 4 leinene Handtücher, 1 graukarrirter Bettbezug und 1 weiß- und blaukarrirte Schürze gestohlen seien. Zwei der gestohlenen Handtücher sind mit den Buchstaben G. M. gezeichnet. — Festgenommen wurden am gestrigen Tage sieben Personen wegen Bettelns.

! **Ratzeburg.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Dienstag Nachmittag in der Tuchfabrik von Marwitz, Domstraße. Der Spinner Preuschoff, mit dem Aufwinden von Wolle beschäftigt, fiel aus der in der dritten Etage befindlichen Bodenluke auf den gepflasterten Hof hinab und schlug direkt mit dem Kopf auf das Steinpflaster. Preuschoff, dem der Schädel geplatzt ist, lag Mittwoch Vormittag noch besinnungslos und dürfte kaum mit dem Leben davon kommen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Einführung des neuen Buchdrucker-

Tarifs ist in Schleswig-Holstein ziemlich glatt von Statten gegangen. Insgesammt mögen für die Provinz vielleicht etwa 60 Gehülfen in Frage kommen, die den Tarif bis jetzt noch nicht bewilligt erhielten. Einzelne Druckereien in Pinneberg, Neumünster, Meldorf, Oldesloe und einigen anderen kleineren Orten haben den Tarif noch nicht anerkannt und sind für Verbandsmitglieder gesperrt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Durch Kohlendunst erstickt wäre kürzlich in Schönberg bald eine Familie. Ein größeres Mädchen fiel plötzlich in der Stube bewußtlos um, und die anderen Bewohner klagten über heftige Kopfschmerzen. Als der Vorsteher der Familie schleunigst alle Fenster und Thüren öffnete, war die Gefahr glücklicherweise beseitigt. — Auf dem Gute Rögnitz bei Wittenburg verunglückte beim Holzfällen ein Forstarbeiter. Der Unglückliche sprang zwar auf den Warnungsruf der übrigen Arbeiter auf die Seite, aber der gefällte Baum stürzte über ihn zu Boden. Die Last des Baumes hatte ihn sofort erdrückt. — Am Neujahrstage erhängte sich, wie von uns berichtet wurde, in der Flensburger Kaserne der Füsilier M. Claussen aus Dithmarschen. Nunmehr ist der Unteroffizier F. unter dem dringenden Verdacht, den Claussen durch fortgesetzte Mißhandlungen in den Tod getrieben zu haben, verhaftet worden. Bei der Beerdigung des vorgenannten Füsiliers standen acht Soldaten um das Grab herum, um den Sarg in die Grube hinunter gleiten zu lassen. Hierbei zerbrach plötzlich die Holzstellage und alle acht Mann stürzten auf den Sarg und mit diesem in die Grube hinab. Die umstehenden Leidtragenden waren vor Schrecken wie gelähmt. Die Soldaten vermochten sich mit einiger Mühe aus ihrer absonderlichen Lage zu befreien. — Die Einnahmen der Post in Hamburg aus dem diesmaligen Neujahrsverkehr überstiegen dem Vernehmen nach die in den Vorjahren um ein Beträchtliches. — Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: Wie aus guter Quelle verlautet, sind alle Unternehmer von Staatsarbeiten angehalten worden, die bei ihnen zahlreich beschäftigten ausländischen Arbeiter zu entlassen, damit den hiesigen Arbeitern Gelegenheit zur Arbeit gegeben werde. Die Entlassenen sind vornehmlich Italiener. Der „Hambg. Corresp." stellt obige Notiz dahin richtig, daß die mit hamburgischen Staatsbauten beauftragten Unternehmer aufgefordert sind, möglichst nur hiesige Arbeiter zu beschäftigen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. — Schon wieder ist in Hamburg ein Kind durch Brandwunden lebensgefährlich verletzt. In der zweiten Etage eines Hinterhauses in der Niedernstraße bemerkte man Mittwoch Nachmittag den Ausbruch eines Feuers; man fand bei einem Haufen brennender Spähne die 10 Jahre alte Martha Holz mit brennenden Kleidern, versengtem Haupthaar und schweren Brandwunden vor. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde das schwer verletzte Kind in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhause zugeführt. — In Altona wurde der bekannte Bankier Feinberg, dessen Bruder kürzlich in Heidelberg verhaftet worden ist, als er von der Börse heimkehrte, festgenommen. Die beiden Brüder sollen Schwindeleien und Wechselreitereien in großem Maßstabe vorgenommen haben. Der Verhaftete bekleidete in der Altonaer israelitischen Gemeinde verschiedene Ehrenämter; auch vermuthet man, daß derselbe bei dieser sehr reichen Gemeinde einen großen Bären angebunden habe. — Aus Cuxhaven wird gemeldet: Der norwegische Schooner „Stjernen", Kapitän Ohsen, von St. Davids mit Kohlen nach Horten bestimmt, ist im Schlepptau des „Simson" eingekommen. Der Norweger hat sämmtliche Segel verloren, Schanzkleidung und Deckshaus sind eingeschlagen; drei Mann der Besatzung sind durch Sturzseen schwer verletzt. — Nach den „Bremer Nachrichten" haben der Kapitän und seine beiden Leidensgefährten von dem untergegangen Fischdampfer „Secundant" im Cuxhavener Krankenhaus volle 24 Stunden gelegen, ohne daß sich ein Arzt hat blicken lassen. Es bleibt abzuwarten, was die Verwaltung des Krankenhauses zu dieser schweren Anschuldigung sagt. — Auf räthselhafte Weise verschwunden sind in Lehe die beiden 11- resp. 8jährigen Gebrüder Lüß, welche am Mittwoch vor. Woche von ihrer Mutter zum Einholen ausgeschickt waren, jedoch nicht zurückgekehrt sind. Am 14. traf an die Mutter eine von fremder Hand geschriebene Postkarte ein mit den Worten: „Diese Karte senden Paul und Friedrich."

Hamburg. Der Sozialdemokratische Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis nahm in seiner gut besuchten Mitglieder-Versammlung am Dienstag nach einem Referat des Bürgerschaftsmitgliedes Genossen O. Stolten über das Vorortsbahnprojekt folgende Resolution einstimmig an:

„Die am 14. Januar 1902 zu Hamburg in Tütges Etablissement tagende Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins des zweiten Reichstagswahlkreises protestirt mit aller Entschiedenheit dagegen, daß durch Ueberlieferung der Stadt- und Vorortsbahn an eine Gesellschaft privater Kapitalisten, in welcher die Hamburger Straßeneisenbahn-Gesellschaft den entscheidenden Einfluß hat, im Verkehrswesen Hamburgs ein vollständiges Monopol geschaffen wird. Des Weiteren protestirt die Versammlung dagegen, daß durch Millionen-Aufwendungen seitens des Staates, das heißt: aus den Taschen der Steuerzahler, für jene Kapitalisten-Gesellschaft eine Quelle eröffnet wird, aus welcher reiche Einnahmen fließen; die Versammlung fordert vielmehr, daß der Hamburgische Staat den Bau und Betrieb der Stadt- und Vorortsbahn selbst in die Hand nimmt und die Bahnlinien so führt, daß auch dem wirklichen Verkehrsbedürfniß entsprochen, das heißt: für alle äußeren Stadttheile eine Verbindung unter einander mit der inneren Stadt geschaffen wird."

— Die Schadensersatzklage der Werftarbeiter gegen Blohm u. Voß und die Hamburg-Amerika-Linie ist, wie das „H. E." meldet, am Mittwoch kostenpflichtig abgewiesen worden, ohne daß auf die Beweisanträge des klägerischen Vertreters irgendwie eingegangen ist. Gegen das Urtheil soll alsbald Berufung eingelegt werden.

— Das Geständniß des Knabenmörders. Der noch nicht 13jährige Salomon hat jetzt bei einem neuerlichen Verhör vor dem Untersuchungsrichter ein unumwundenes Geständniß abgelegt. Er hat jetzt zugegeben, den kleinen Schauer, mit dem Vorsatz, ihn zu tödten, nach dem Schlachtergang geführt zu haben. Dort hat er dann zunächst das Sittenverbrechen an dem Knaben begangen und ist dann mit dem unglücklichen Kleinen einen anderen, direkt zum Wasser führenden Gang hinunter gegangen, wo er ihm dann einen Stoß in den Rücken versetzt hat, der den kleinen Schauer in die Elbe schleuderte. Die Nachforschungen nach der Leiche des Ermordeten haben bisher zu keinem Erfolge geführt.

Kiel. Die Schließung des Frauen-Bildungs-Vereins aufgehoben! Die im März v. J. vom königlichen Polizeipräsidium angeordnete „vorläufige Schließung" des Bildungsvereins der Frauen und Mädchen Kiels ist, nach einer Meldung unseres dortigen Parteiorgans, nunmehr durch Beschluß des Landgerichts aufgehoben worden. Zugleich sind die in Untersuchung gezogenen elf Vorstandsmitglieder außer Verfolgung gesetzt worden, weil nach dem Ergebniß der Voruntersuchung, wie es in der Begründung des Gerichtsbeschlusses heißt, kein ausreichender Beweis dafür vorliegt, daß der genannte Verein sich die Erörterung politischer Gegenstände zum Zweck gesetzt hat. Der Gerichtsbeschluß ist datirt vom 8. Januar. Von diesem Tage ab existirt also der Bildungsverein der Frauen und Mädchen wieder zu Recht. Der Schlag der Kieler Polizei, der in ganz Deutschland, wo man in dieser Hinsicht doch gewiß Verschiedenes gewohnt ist, Aufsehen erregt hat, ist also ein Schlag ins Wasser gewesen. Die Kieler Polizei hat weder auf dem Gebiete der Kunst, noch auf dem des Vereinsrechts Glück. Dafür ist ihr aber auch ein Mörder und der Messerstecher durch die Lappen gegangen.

Lübecker Stadttheater.

Unser Pflegevater, Schwank in 3 Akten von Franz Gottscheid. Herr Direktor Gottscheid nennt zwar das neueste Kind seiner Muse ein Lustspiel, in Wirklichkeit ist es jedoch ein Schwank von jener allbekannten Sorte, bei der zwölf auf's Dutzend gehen. Es ist selbstverständlich, daß man mit einem solchen Schwank nicht allzusehr ins Gericht gehen darf; er erfüllt vollständig seinen Zweck, wenn man sich bei ihm auf etliche Stunden unterhalten kann. Und das trifft auf „Unser Pflegevater" zu. Der neue Schwank ist belustigend und amüsant, besonders in den beiden ersten Akten. Die Mittel, die verwandt werden, sind zwar nicht immer neu, sondern vielfach schon recht abgegriffen, da sie aber in neuer Einkleidung auftreten, so wird der eigentliche Zweck des Schwankes, die Lachmuskeln der Zuschauer in Bewegung zu setzen, trotzdem erreicht. Und der Inhalt? Warum sollen wir ihn wiedergeben, da sich ein derartiger Schwank besser ansehen als wiedergeben läßt: Nur so viel sei bemerkt, daß Herr Gottscheidt in dem pensionirten Kassenboten Poddlich ein ganz beispielloses Exemplar von einem Pflegevater auf die Bühne bringt. Falls uns einmal ein solcher Pflegevater unter die Augen kommen sollte, wollen wir auch den Inhalt des Schwankes wiedergeben; das versprechen wir hiermit hoch und heilig. Die beiden ersten Akte des Schwankes sind, wie schon bemerkt, besonders wirksam, während der dritte merklich abfällt. Herr Gottscheid konnte sich bereits nach dem ersten Akte vor der Rampe zeigen und den starken Beifall des Publikums, das leider nicht allzu zahlreich erschienen war, entgegennehmen; nach dem dritten Akte aber gab es reichlich „grünes Gemüse" recte Lorbeer für den Dichter. Die Aufführung verlief äußerst flott. Besonders Julius Seibler, der den alten Poddlich darstellte, übertraf sich selbst. Auch die Herren Zimmerer, Schlegel und Wiene sowie die Damen Pabst, Voigt, Parwitz und Vollmerstein trugen ihr Bestes zum Gelingen der Aufführung bei. Als sich nach dem dritten Akte der Vorhang senkte, konnte Herr Gottscheid gleichsam als Sieger über die Walstatt blicken, auf der es glücklicher Weise keine Leichen zu bergen gab, wohl aber warteten gleich drei Paare auf das Standesamt, denn ohne Massen-Verlobungen geht es nun einmal in einem modernen Schwank nicht ab.

-o-

Habe **eine Wohnung** von 3 Zimmern, Stall und Zubehör zum 1. April zu vermiethen. Preis 200 Mark. Und **eine freundliche Stube** mit Kellerplatz für eine alleinstehende Frau zu sofort zu vermiethen. Preis 60 Mk. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Freundl. Logis für 1 oder 2 junge Leute
Bülowstraße 4, part.

Eine Schneiderin empfiehlt sich
zum Anfertigen von Damen- u. Kindergarderoben.
Altes Schulhaus in Mori.

Gedüngtes Kartoffelland
in der Nähe Fackenburgs hat zu vermiethen
Hans Scheel, Mori.

Ludwig Prösch, Buchbinder, Beckergrube 50,
empfiehlt sich
zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.

Braune Kaffeekannen (gross)
Stück nur 20 Pfg.
C. Peters, Böttcherstraße 9.

Heute: Fr. Kopffleisch, Brod- u. Grützwurst, ff. Leberwurst, sämmtl. Fleisch- und Wurstsorten billigst.
Stockelsdorf. **O. Reining.**

Achtung!
Prima junges fettes Rindfleisch 45 Pfg.
Hammelfleisch . . . . . 45 Pfg.
Kalbfleisch . . . . . 40 Pfg. liefert
Fritz Möller, Wakenitzmauer 86,
bei der Großen Gröpelgrube.

Nur hiesige frischgeräucherte Sprotten und Bücklinge
empfiehlt
J. C. H. Boy
Fernsprecher 115.
Mauer 84. Beckergr. 3. Wahmstr. 16.

Etwas ganz Besonderes
bietet
Circus Variété.
Vom Sonntag den 19.—26. Jan.
Nur 8 Vorstellungen.

Socialdemokratisches Reichstags-Handbuch

von **Max Schippel,** Mitglied des Reichstags.
Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der deutschen Reichspolitik.
Für Jedermann unentbehrlich.
Erscheint in ca. 35 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
und deren Colporteure.

Verband d. Bau-, Erd- u. gewerbl. Hülfsarbeiter
(Zahlstelle Lübeck.)

Versammlung

am Freitag den 17. Januar 1902
im Vereinshaus, Johannisstr. 50|52

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom letzten Quartal.
3. Stellungnahme zu der am 2. Februar stattfindenden Conferenz in Rendsburg.
4. Innere Vereinsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

NB. Diejenigen Mitglieder der Koch'schen Werft, welche 6 Monate Mitglied gewesen und die statutarischen Bestimmungen erfüllt, haben sich in der Versammlung zwecks Entgegennahme der Unterstützung einzufinden.
D. O.

Quartettverein Amicitia.
Die socialen Mitglieder werden zum Commers des Niedersächsischen Sänger-Bundes im Casino am Sonnabend den 18. Januar 1902 Abends 8½ Uhr freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Restaurant und Gasthof „Kieler Hof"
Holstenstr. 38. Holstenstr. 38.
Mittagstisch v. 12—2 Uhr von 75 Pfg. an.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
Zimmer Mk. 1,50 incl. Caffee.
Wilhelm Becker.

Kartoffeln
in allen Sorten empfehlen billigst
Spethmann & Fischer
Beckergrube 59.

Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider Lübecks.
Versammlung
am Freitag den 17. Januar 1902
bei F. Leeke, Lederstrasse 3.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Bericht vom Sanitätsverband.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Mitglieder-Versammlung
der
Central-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutschen Schiffbauer
am Sonnabend den 18. Jan.
Abends 8 Uhr
bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.
Tages-Ordnung:
Abrechnung. Verschiedenes.
Die örtliche Verwaltung.

Stadt-Theater.
Freitag den 17. Januar. Anfang 7 Uhr.
91. Abonn.-Vorst. 109. Vorst. 16. Freitags-Ab.
Doppel-Gastspiel-Vorstellung.
Gastspiel von **Aloys Pennarini** v. Hamb. Stadttheater und von **Clarence Whitehill** von der **Opéra Comique** in Paris.
Mit gänzlich neuer Ausstattung an Decorationen, Kostümen und Requisiten.
Siegfried.
Bons haben nur Gültigkeit mit einem Aufschlag.
Sonnabend den 18. Januar. Anfang 7½ Uhr.
Volksthümliche Vorstellung bei ermäßigten Preisen.
Wiederholung der Sylvester-Vorstellung.
Die kleinen Lämmer.
Während der Operette:
Ein vornehmes Ueberbrettl mit besonderen Ueberraschungen. Vorher:
Kurmärker und Picarde.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 14. Freitag den 17. Januar 1902. 9. Jahrgang.

Die amerikanische Gefahr.

Prinz Karneval schwingt jetzt das Szepter.

Zwar in den Parlamenten wird mit mürrischem Ernst gearbeitet, und Herr Posadowsky redet in der Zolltarifkommission verdrießliche Zollkriegsdrohungen an die Adresse des Auslands im Allgemeinen und der Vereinigten Staaten insbesondere. Aber unsere „hohe Politik“ tauscht mit rühriger Geschäftigkeit mit Uncle Sam Besuche und andere Artigkeiten aus, gleich als ob die deutsch-amerikanischen Beziehungen damit ihre Erledigung finden würden, daß der deutsche Kaiser die amerikanische Werftindustrie mit dem Bau einer kaiserlichen Luxusyacht betraut hat. Im Reichstag tritt Herr v. Bülow unter betäubendem Beifall der oberen Räume als brüllender Löwe des deutschen Jingoismus gegen Herrn Chamberlain auf die Bühne, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeituug“ behandelt die Nachricht von einem Besuch des Prinzen von Wales mit ausgesuchter Unhöflichkeit. Gleichzeitig wissen gewisse Londoner Blätter, die über höfische Dinge meist gut informirt sind, zu berichten, daß Graf Bülow ein sehr schlechter Interpret der Politik des Kaisers und daß seine Stellung neuerdings wieder eine mehr als prekäre sei. Soviel ist sicher: die deutsche Besuchs- und Reisepolitik entfaltet wieder einmal ihre intimsten Reize, und zwar verschwendet sie ihre Künste zur Abwechslung einmal nicht nach Osten, wo der Beherrscher aller Gläubigen thront, sondern nach dem wilden Westen.

Dort hat Theodor Roosevelt die Regierung der großen Parvenu-Republik angetreten, und ihn plagt, wie alle Emporkömmlinge der Neuen Welt, die sprichwörtlich bekannte amerikanische Krankheit, deren Patienten von einem unstillbaren Verlangen nach der Berührung mit der alten europäischen Aristokratie besessen sind. Eines fehlt den Dollarkönigen des Westens, und dieser Mangel schimmert durch die Löcher ihres republikanischen Bewußtseins: die höhere Weihe einer Geburtsaristokratie von Gottes Gnaden. Sie sind nicht geadelt und nicht gefürstet, sondern bleiben vor der europäischen Rangordnung stets ganz gewöhnliche Plebejer ohne Orden und Würden, — und zumal der „amerikanische Napoleon“, wie Herrn Roosevelt seine Schmeichler nennen, geizt nach einer standesgemäßen Nobilitirung und einer Einführung in Europas alte Fürstenhäuser. Den Anlaß mußte ihm der Stapellauf einer kaiserlichen Yacht geben, und Herrn Roosevelts Tochter, die die Vorliebe aller reichen Amerikanerinnen für die europäische Aristokratie theilt, ward als Taufpathin des neuen Schiffes ausersehen. Worauf Prinz Heinrich der Seefahrer beordert wurde, bei der feierlichen Taufhandlung zugegen zu sein. Damit ist die Haupt- und Staatsaktion im Projekt fertig. Der Rest wird von den Ceremonienmeistern beider Nationen nach diplomatischer Uebereinkunft erledigt werden.

Den Milliardären Amerikas fehlt noch manches zu dem Ideal alteuropäischen Vollmenschentums. Vor Allem haben sie keine Monarchie und keinen ritterschaftlichen Adel. Wenn Präsident Roosevelt nicht der Napoleon Amerikas wäre, wünschte er Fürst von Reuß ä. L. zu sein. Wenn Miß Roosevelt nicht Tochter des Präsidenten wäre, würde ihr ein deutscher Lohengrin wohl anstehen. Auch die eisigkalte amerikanische Geschäftswelt möchte so gerne etwas „fors Gemüth“ haben, wenn sie es zu Ehre und Reichthum gebracht hat, und das alte Europa mit seiner Ritterromantik und seiner Poesie ist für sie immer noch das alte Märchenland, wie es für die nach Westen gewanderten Indogermanen noch Jahrtausende lang einst Indien gewesen ist. Nicht einmal einen richtigen Karneval kennt man in dem Lande der smarten Busineß-Men. All diesen Mängeln scheint nun die Regierung des amerikanischen Napoleon mit einem Schlage abhelfen zu wollen, indem er für sich und seine Umgebung den Anlaß zu einer höfischen Maskerade gefunden hat. Die „amerikanische Gefahr“ wird immer dräuender.

Soziales und Parteileben.

Opfer des Maurerstreiks in Halle. Die Hallesche Filialverwaltung des Zentralverbandes der Maurer hat eine Zusammenstellung der Geld- und Gefängnißstrafen vorgenommen, die im Zusammenhang mit dem Maurerstreik in Halle von dortigen Gerichten ausgesprochen sind. Die Geldstrafen betragen 424,70 Mk., die Gefängnißstrafen 2 Jahre 9 Monate und 24 Tage; in 16 Fällen erfolgte Freisprechung. Das Bild ist nicht vollständig, weil noch einige Fälle schweben, läßt aber immerhin einen Schluß auf die Opfer zu, die der Hallesche Maurerstreik nach dieser Richtung hin gefordert hat.

Zum Falle Opificius schreibt der Karlsruher „Volksfreund“: „Der Genosse Opificius erklärt uns, daß der Schlußsatz der Korrespondenz des Pforzheimer Berichterstatters des „Bad. Landesboten“, der die Behauptung aufstellt, Genosse Opificius habe schriftlich anerkennen müssen, in den nächsten fünf Jahren irgend welches Amt in der Partei nicht anzunehmen oder sonst für sie zu wirken, der freien Erfindungsgabe des Reporters entstammt. Ein derartiges oder ähnliches Ansinnen ist an den Genossen Opificius niemals gestellt worden. Da die ganze Angelegenheit noch nicht abgeschlossen ist und es im Interesse des Genossen Opificius liegt, daß Entstellungen, bewußt oder unbewußt, nicht durch die Zeitungen gehen, geben wir dieser Richtigstellung Raum.“

Mit der Frage des Minimallohnes für städtische Arbeiter befaßte sich dieser Tage der Gemeinderath der Stadt Straßburg i. E. Von sozialistischer Seite war in der vom Plenum niedergesetzten Kommission der Antrag gestellt worden, für gelernte wie für ungelernte Arbeiter bestimmte Stundenlohnsätze festzusetzen um dem infolge des gegenwärtigen Ueberangebotes von Arbeitskräften zu befürchtenden Druck auf die Arbeitslöhne entgegenzuwirken. Der erste Theil des Antrages, Stundenlohn von 30 Pfg. für ungelernte Arbeiter wurde dabei mit 5 gegen 1 Stimme angenommen; beim zweiten, der Löhne von 35 bezw. 50 Pfg. für gelernte Arbeiter verlangt, gelangte mit 4 gegen 1 Stimme in der Kommission zur Annahme. Das Plenum des Gemeinderathes verwies die Angelegenheit jedoch, da von anderer Seite ein Gegenantrag auf 27 Pfg. Minimallohn für Ungelernte und auf Einsetzung der von der städtischen Lohnkommission beschlossenen Stundensätze für qualifizirte Arbeiter gestellt war, an die oben genannte Kommission zu erneuter Verhandlung zurück. — In der Debatte war seitens des Bürgermeisters der Stadt die Mittheilung gemacht worden, daß infolge der herrschenden Arbeitsnoth die vorübergehenden Geldunterstützungen der städtischen Armenverwaltung im Dezember 1901 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 40 Proz., die Zahl der ausgegebenen Suppenportionen um 55 Proz. gestiegen seien.

Lage des deutschen Arbeitsmarkts. Ein anderes Bild als sonst zeigte diesmal der Weihnachtsmonat. Während in anderen Jahren die herbstliche Arbeitslosigkeit mit dem Einsetzen des Weihnachtsgeschäfts in der Zunahme gehemmt zu werden pflegt, ist diesmal das Gegentheil eingetreten. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands war der Andrang im Dezember so stark, daß auf 100 offene Stellen 240,6 Arbeitsuchende kamen, gegen 177,9 im Vorjahre. Dabei ist der wirthschaftliche Druck, der auf Deutschland lastet, nicht etwa so stark, daß das Fest nicht einen Mehrbedarf an Arbeitskräften hervorgerufen hätte; in den Großstädten hatten Bazare, Waarenhäuser, Spezialgeschäfte im Großen und Ganzen dieselbe Bedarfssteigerung an Verkäufern, Packern, Kutschern u. s. w. wie im Vorjahre, aber der Mehrbedarf im Transport- und Handelsgewerbe reichte nicht aus, um den Ueberfluß an Arbeitskräften, der fortgesetzt aus der Industrie der Metalle und Maschinen, sowie den anderen nothleidenden Erwerbszweigen hereinströmt, aufzunehmen. Auch zeigte das Weihnachtsgeschäft selbst, wenn auch nicht im Ganzen, so doch an seiner empfindlichsten Spitze, im Luxushandel in Juwelen, Gold- und Silberwaaren, im Kunstgewerbe, einen Rückgang. Ganz besonders stark war aber in diesem Jahre die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes nach Weihnachten. Die um die Neujahrszeit stattfindenden Inventurarbeiten, die vielfach mit einem Stillstehen von Werkstätten und Fabriken verbunden sind, wurden in diesem Jahre so wenig beschleunigt und theilweise so auffallend ausgedehnt, daß sie für einen Theil der Arbeiterschaft eine vorübergehende Arbeitslosigkeit darstellten. Mit erschreckender Deutlichkeit tritt dies in dem Mitgliederstande der Krankenkassen am 1. Januar hervor. Schon im Vorjahre zeigte dieser an den Krankenkassen, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, gegen den 1. Dezember einen Rückgang von 3,1 pCt. In diesem Jahre aber beträgt der Rückgang sogar 4,2 pCt, d. h. mehr als ein volles Prozent über eine an sich schon sehr hohe Ziffer hinaus. Wenngleich anzunehmen ist, daß ein Theil der Ausgeschiedenen aus den oben erwähnten Gründen im Laufe des Januar wieder in die alten Stellen zurückkehrt, so ist trotzdem der weitere starke Rückgang in der Zahl der beschäftigten Hände, wie er seit etwa anderthalb Jahren unausgesetzt sich vollzieht, unverkennbar. Kleinen Besserungen in einzelnen Zweigen der Eisenindustrie stehen überwiegend Verschlechterungen gegenüber. Im Bergbau ist nur von letzteren die Rede. Der einzige wesentliche Lichtblick ist, daß in dem deutschen Lande, das unter der Krisis am meisten gelitten hatte, im Königreich Sachsen, in der Textilindustrie entschiedene Zeichen einer Belebung vorhanden sind.

Verden. Nachwehen vom Glasarbeiterstreik. „Ich nicht Russe“ hatte einer der „arbeitswilligen“ Russen des königlich preußischen Geheimen Kommerzienraths Heye am 19. August v. Js. mehreren streikenden Glasarbeitern entgegen gerufen, als diese Miene gemacht haben sollen, den betreffenden russischen „Arbeitswilligen“ zu verprügeln. Er hat aber dennoch Hiebe bekommen. Als Thäter wurden drei Personen ermittelt, die damals auf der Hoyermann'schen Fabrik beschäftigt waren. Das Schöffengericht in Nienburg verurtheilte dieselben zu 3 bezw. 2 Monaten Gefängniß und einen zu 60 Mk. Geldstrafe. Hiergegen legten die Verurtheilten Berufung ein. Die Strafkammer in Verden hat nun aber die Berufung verworfen und das Urtheil des Schöffengerichts in Nienburg bestätigt. — Der Fall mag wiederum zur Warnung dienen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Nach einer Meldung aus Danzig wurde der Zahlmeister Meyer vom 72. Feldartillerieregiment wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu 22 Monaten Gefängniß und 1000 Mark Geldstrafe verurtheilt. — Als Mörder der Ausgedingerwittwe Juliane Franzke in Gloden bei Wollstein (Posen) ist ihr eigener Sohn Gustav Franzke ermittelt Seine Verhaftung ist bereits erfolgt. — Ein Bühnenbrand brach am Montag im Stadttheater in Breslau bei der Vorstellung von „Der Kinder Weihnachtstraum“ durch Kurzschluß aus. Die Tänzerin Frege erlitt schwere Brandwunden am ganzen Körper. Die Damen Hübner und Rosenberg sind leicht verwundet. Das Feuer brach um 10 Uhr aus, als das Publikum das Theater verließ. Trotzdem eine Panik entstand, kam kein Unglücksfall vor. — Das Schwurgericht des Landgerichts II in Berlin verurtheilte den Arbeiter Jänicke wegen Mordes, schweren Raubes und Körperverletzung, verübt an der Dachdeckersfrau Rühlicke, zum Tode, 4 Jahren Gefängniß und dauerndem Ehrverlust. Der Mitangeklagte, Arbeiter Arthur Steinke wurde wegen Beihülfe zum qualifizirten Raube, Begünstigung und Hehlerei zu sechs Jahren Zuchthaus und Ehrverlust von gleicher Dauer verurtheilt. — Als am Sonnabend Mittag ein 15jähriges Mädchen in Köln-

Joseph Coney.

Roman von John Law.
Aus dem Englischen von J. Cassirer.

8. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Und was ist ein „Klassenleiter“? fragte Onkel Cohn.

„Ein Klassenleiter ist bei den Methodisten, allgemein gesagt, ein Mann von gereifter christlicher Erfahrung, der in allen Dingen billig denkend, ernst und gelassen sein muß. Er sammelt seine kleine Herde Woche für Woche um sich, bemüht sich, soweit es ihm möglich ist, den geistigen Zustand eines jeden zu erkunden und giebt ihnen solchen Rath, wie ein erleuchtetes Urtheil, das von dem heiligen Geist geleitet wird, ihn eben ertheilen kann.“

So sagt Mr. Augustus Hyde in dem kleinen blauen Büchlein, das William Ford neben sich liegen hatte, ein Buch, dessen Inhalt dem eines anderen sehr verwandt war, in welchem er gerade las, als an jenem Abend Polly die Thür öffnete und eintrat:

„Sehr warm heute,“ sagte er, indem er Polly begrüßte.

„Ja,“ antwortete Polly, „man merkt's, daß wir im Sommer sind.“

Eine kleine Pause entstand, während der Polly eine Stelle in ihrem Gesangbuche suchte.

„Es sieht gar nicht so aus, als ob außer Ihnen heute noch jemand kommen wollte,“ bemerkte der Leiter und rückte dabei seinen Stuhl ein bischen näher an den Pollys heran.

„Ich glaube auch nicht,“ erwiderte das schöne Mädchen.

Wieder entstand eine zwei bis drei Minuten andauernde Pause, bis Polly sagte:

„Ich war gestern Nachmittag im Viktoria-Park; ich weiß nicht, ob ich recht daran gethan habe, am heiligen Sabbat dorthin zu gehen. Sie spielten weltliche Lieder und sprachen über alles mögliche. Auch sah ich ein paar Kinder tanzen.“

„Und weshalb gingen Sie dorthin?“ fragte der Klassenleiter.

„Jos wollte gern.“

„Wer ist Jos?“

„Der Mann, den ich heirathen soll.“

Die Oberlippe des Klassenleiters zitterte ein wenig. Er schloß Mr. Augustus Hydes Büchlein, sah Polly an und sagte zu ihr:

„Ich wußte noch nicht, daß Sie sich schon verheirathen wollen.“

„O, wir können jetzt auch noch nicht heirathen,“ erzählte ihm Pol[illegible] „Jos hat noch keine Arbeit gefunden. Er gehört auch z[illegible]kirche.“

„Zur Hochkirche bekennt er sich?“

„Ja.“

„Leute, die sich zur Kirche bekennen, sind in der Ausführung ihrer Religion nicht halb so streng als wir Methodisten es sind.“

„Dasselbe sagte ich gestern zu Jos. Er ist in den Anschauungen der Kirche, zu der auch seine Mutter gehörte, auferzogen worden.“

„Wo haben Sie ihn kennen gelernt?“

„Er kam vom Lande zu uns als Miether. Jetzt hat er aber eine andere Wohnung bezogen, weil er keine Arbeit hat und nicht mehr so viel zahlen kann. So sagt er wenigstens. Aber Mutter meint“ — Polly zögerte — „Mutter meint, er solle nicht mehr mit mir gehen.“

Der Klassenlehrer rückte seinen Stuhl noch näher an Polly heran.

„Ich möchte Mutter nicht gern ärgern,“ fuhr das Mädchen fort. „Sie will nicht mehr haben, daß Jos noch zu uns in die Wohnung kommt. Ich wünsche nur, daß er bald Arbeit finden möchte. Mutter sagt immer, wenn junge Leute nicht faul sind, finden sie massenhaft Arbeit.“

„Was für ein Handwerk hat er gelernt?“

„Er ist Zimmermann.“

„Das ist ein gutes Gewerbe.“

„Er erzählt, Hunderte von Zimmerleuten seien jetzt außer Arbeit und dabei Leute, die früher Meister gewesen sind. Er meint, die Fremden arbeiten so billig, daß er keine Aussichten hat. Auch behauptet er, daß die Zimmerleute von außerhalb das Geschäft nicht so gut verstehen, wie die hiesigen. Sie sind an solch große Dächer nicht gewohnt, und auch solche Fenstereinfassungen wie hier hat er da unten nicht gemacht.“

„Weshalb ist er denn nach London gekommen?“

„Die Arbeit wurde da unten, wo er war, knapp, und deswegen wurde er entlassen.“

„Ich glaube das nicht“, entgegnete mit leiser Stimme der Klassenleiter. „Es klingt nicht wahrscheinlich, Seit meiner Jugend bin ich immer in der Münze gewesen, und wenn man mich von dort entließe, würde das nicht ohne guten Grund geschehen. Um nichts würde man mich von dort nie wegschicken.“

„Das sagt Mutter auch“, bestätigte Polly. „Mutter sagt, sieh' mal Herrn William Ford, er hat Arbeit und er wird nicht entlassen werden. Mutter denkt, Jos war faul, oder es hatte sonst was mit ihm. Sie hat kein gutes Wort für ihn.“

Bevor der Leiter hierauf noch antworten konnte, öffnete sich die Thür und ein anderes Mitglied seiner Klasse zeigte sich auf der Schwelle. Alles, was er noch sagen konnte, war:

„Sie sollten Ihrer Mutter folgen“ und: „Wenn ich Sie wäre, würde ich am heiligen Sabbat nicht mehr nach dem Viktoria-Park gehen.“

„Lasset uns beten“, fuhr er dann fort, nachdem der unpünktliche Besucher sich neben Polly gesetzt hatte.

Nach dem Gebet fand die Erbauungsstunde in der üblichen Weise statt, und als die Drei sich trennten, dachte Polly auf ihrem Nachhausewege bei sich:

Riehl ihrem Vater das Mittagsessen bringen wollte, wurde sie im Felde von einem Burschen um Geld angesprochen und erhielt dann einen lebensgefährlichen Messerstich in den Leib. Der 16jährige Thäter wurde noch am Abend von einem Polizeibeamten in Worringen verhaftet. — Vor dem Schwurgericht in Dortmund stand am Dienstag die Ehefrau Fleischer Wilhelm Dorsch aus Mathler wegen Mordes. Die am 14. Oktober 1872 in Wawnowitz in Schlesien geborene Angeklagte ist seit 1892 mit ihrem Manne verheirathet, er hat sie aber 1895 verlassen; zwei Kinder hatten die Leute; nachträglich sind noch drei uneheliche hinzugekommen. Ende 1900 war sie im Hannoverschen in Stellung und gab in einer Entbindungsanstalt einem Knaben das Leben. Sie begab sich dann in die Gegend von Mathler, band dem Kinde einen Mühlstein um den Hals und warf es in einen Mühlteich. Nach einiger Zeit ist die Leiche gefunden worden. Die Angeklagte hat sich dann wieder vermiethet, erst am 12. Juli 1901 ist sie über den Verbleib ihres Kindes vernommen worden. Die Angeklagte hat ein Geständniß der That abgelegt. Frau Dorsch wurde wegen Todtschlags zu 15 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Ein aufregender Vorfall spielte sich Dienstag Nachmittag kurz vor vier Uhr in der Klostergasse in Frankfurt a. M. ab. Die ledige Tochter eines dort wohnenden Mannes warf nämlich ihr neugeborenes Kind, ein Mädchen, nachdem sie es in Sackleinwand gewickelt hatte, vom ersten Stock herab auf die Straße. Ein gerade vorübergehender Polizeiwachtmeister hob die Leiche des Kindes auf und requirirte die Rettungswache. In einem Wagen wurde die Entbundene, welche die That im Fieberwahn begangen hat, nach dem Irrenhaus verbracht. Der Vorfall verursachte selbstverständlich eine große Ansammlung von Menschen. — Dem „Schwäb. Merkur" zufolge vergiftete Sonntag Abend in Gmünd ein Goldarbeiter drei seiner Kinder mit Cyankali, von denen zwei alsbald starben und nahm dann selbst Gift. Der Vater wurde sterbend am Bahnhof gefunden; nur das dritte Kind konnte gerettet werden. — In ganz Südungarn und auch in Serbien ist Hochwasser eingetreten. Die Donau ist aus den Ufern getreten und hat weite Landesstrecken überschwemmt. In Boria konnten die Einwohner nur durch rasche Flucht ihr nacktes Leben retten.

Christliche Barmherzigkeit. Der Pfarrer Pfleger in Ostrog bei Ratibor (Oberschlesien) verweigerte den Angehörigen eines kürzlich verstorbenen Auszüglers Anton Kucza ein kirchliches Begräbniß für diesen, weil Kucza seit längerer Zeit nicht mehr zur Beichte gegangen war. Er befahl sogar, den alten Mann nicht auf dem Friedhof zu Ostrog, sondern auf dem alten Cholerafriedhof zu begraben, der schon seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts geschlossen und kein Begräbnißplatz mehr ist, auch während eines großen Theiles des Jahres von der Oder überschwemmt ist. Da die Besitzer des umliegenden Landes dem Totengräber nicht die Herrichtung eines Grabes gestatteten, fanden die Männer, die am Abend den Sarg herausschleppten, kein Grab vor und mußten erst Leute mit Schaufeln aus dem Dorfe holen, die dann den Kucza verscharrten. Nach einigen Tagen kam die Sache zur Kenntniß des Amtsvorstehers, der eine Untersuchung veranstaltete. Die Angehörigen des so schmählich verscharrten, im Leben durchaus braven Mannes wollen den Antrag auf Ausgrabung und Bestattung auf einem ordentlichen Friedhof nicht stellen, weil das „dem Herrn Pfarrer unangenehm sein könnte". Die Sache schwebt jetzt bei der Regierung in Oppeln, hoffentlich beschäftigt sich aber auch noch die Staatsanwaltschaft mit dem würdigen Prediger christlicher Nächstenliebe. Hat er sich doch offenbar gegen gesetzliche Bestimmungen vergangen, nach welcher die Bestattung auf dem dazu bestimmten Friedhof und ohne Ansehen der Person in der Reihe zu erfolgen hat.

Der Kasernenhofton vor Gericht. Ein Preßprozeß gegen das „Hallesche Volksblatt", dessen Ausgang ziemlich überraschend ist, fand am Montag vor der dortigen Strafkammer statt. Angeklagt war der Redakteur Genosse Ernst Däumig, der in einem in November v. J. veröffentlichten Artikel, den Ober-Polizei-Inspektor Weydemann beleidigt haben sollte. In einem Anfang November vor der Strafkammer verhandelten Beleidigungsprozeß gegen den früheren Polizisten Schöning, hatte letzterer sich über die Behandlung durch den Oberinspektor Weydemann beklagt und dabei zu seiner Vertheidigung ausgeführt, Herr Weydemann habe sich einmal so weit vergessen, gelegentlich eines Appells zu den Polizisten zu sagen, er wolle sie schleifen, daß ihnen . . . (Die Fortsetzung ist nicht druckfähig.) Diese in einem Gerichtsbericht mitgetheilte Aeußerung blieb unwidersprochen, worauf acht Tage später im „Volksblatt" unter der Spitzmarke „Die Hallesche Polizei" ein Artikel erschien, in dem an der Aeußerung Weydemanns eine abfällige Kritik geübt wurde. Herr Weydemann, der jetzt als Zeuge auftrat, konnte die Aeußerung nicht in Abrede stellen und versuchte sie damit zu entschuldigen, daß sie vielleicht im Jahre 1892 gefallen war, als er von Berlin nach Halle gekommen und hier eine total verlotterte Polizei vorgefunden habe. Kurz zuvor habe er als Reserve-Offizier Uebungen mitgemacht und da habe er in der Erregung, als ihm der Kasernenhofton noch anhaftete, über Pflichtwidrigkeiten seiner Untergebenen, die allerdings nicht gewählte, aber erklärliche Redensart in der Form, wie sie angedeutet ist, gethan. Der Staatsanwalt hielt, worauf der Vertheidiger des Genossen Däumig aufmerksam machte, eine Vertheidigungsrede für Herrn Weydemann. Die Weydemannsche Aeußerung sei allerdings „nicht zu loben", meinte der Ankläger, aber die Kritik des „Volksblatts" sei doch „zu frivol", weshalb eine Gefängnißstrafe von drei Monaten zu beantragen sei. Das Gericht erkannte auf 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängniß.

In der Zelle vergessen. Wie erinnerlich hat während der Weihnachtsfeiertage ein Untersuchungsgefangener in einer Zelle im Gerichtsgebäude zu Frankfurt a. M. 66 Stunden ohne Nahrung zugebracht. Die „Frankf. Ztg." erfährt nun, daß der Gerichtsdiener und Kastellan Lange, dem die Schuld an diesem Vorfall beigemessen wird, vorläufig seines Dienstes als Kastellan enthoben ist und am 1. Februar seine Dienstwohnung verlassen muß. Auch heißt es, daß die Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage wegen Körperverletzung zu erheben beabsichtige.

Einer Beleidigung der Polizei soll sich der Gen. Runkel in Wunsiedel dadurch schuldig gemacht haben, daß er in einer Versammlung geäußert habe, „vor den Männern, die seiner Zeit Opfer des Sozialistengesetzes wurden, müsse man mehr Respekt haben als vor jungen Leuten, die, unerfahren, kaum 30 Jahre alt, glatt rasirt, heutzutage mit der Ueberwachung von Versammlungen beauftragt würden." Diese angeblich gefallene, von Runkel aber bestrittene Aeußerung bezog der Bezirksamtsassessor und Amtsanwalt Speth in Wunsiedel auf sich und es wurde Anklage erhoben. In der Verhandlung erschien der Gendarm Zenk als Kronzeuge, er will an der Saalthür gestanden und die ganzen Ausführungen, die ihm „gut einstudirt" schienen, gehört haben, während kein einziger Theilnehmer an jener Versammlung ausfindig gemacht werden konnte, der sich entsinnen konnte, den Gendarm an dem genannten Platz gesehen zu haben. Der Amtsanwalt hielt es für eine besonders schwere Beleidigung, daß ein kgl. Beamter mit einem Führer der Sozialdemokratie verglichen werde, und beantragte, „um ein Exempel zu statuiren", sechs Wochen Gefängniß, „da sonst jeder Schneider Reden halten und die Beamten beleidigen könne." Das Urtheil lautete auf 14 Tage Gefängniß. Berufung ist eingelegt.

Das Urtheil im Jenenser Duellprozeß haben wir bereits mitgetheilt. Aus dem Zeugenverhör tragen wir noch folgende Darstellung nach, welche den Anlaß zu dem Duell aufklärt: Am Neujahrsmorgen begab sich der Leutnant Thieme mit dem Leutnant v. Bülow, dem Kadetten Franken und dem Studenten Bohn, nachdem sie im Kasino gezecht hatten, in die Innenstadt. Die beiden Leutnants befanden sich in Zivil. Die vier gingen quer über den Markt und trafen am „Kreuz" mit zwei Einjährigen zusammen, mit denen sie in ein Gespräch geriethen. Da kamen der Student Held und der Dr. Habikorst hinzu; dieser rief dem etwas abseits stehenden Kadetten einige Worte zu, die etwa lauteten: „Immer ran Kadett, ran an die Rampe, wenn etwas los ist!" Der Kadett bemerkte darauf, daß er sich in Uniform befinde und mit der Sache nichts zu thun haben möchte. Nachdem noch einige harmlose oder scherzhafte Redensarten ausgetauscht worden waren, lösten sich die Gruppen auf. Die Offiziersgruppe ging die Johannisstraße hinauf. Held und Habikorst gingen hinterdrein und überholten die Gruppe. Bei dieser Gelegenheit glaubte Habikorst aus dem Munde Thiemes eine Aeußerung gehört zu haben, die weniger harmlos und scherzhaft als die bisherigen, theilweise in fremden Sprachen geführten Aeußerungen geklungen habe. Habikorst revanchierte sich damit, daß er sagte: „Reden Sie nicht solche Töne, Sie Würstchen!" Nun entspann sich ungefähr folgender Wortwechsel. Thieme: „Was, Bürschchen?!" Habikorst: „Nein, Würstchen!" — Thieme (in hochfahrendem Tone): „Ich bin der Leutnant Thieme vom Regiment Nr. 94!" — Held, der inzwischen näher getreten war und die letzte Aeußerung auffing (in halb fragendem, halb ironischem Ton): „So, Sie sind der Leutnant Thieme?!" — Thieme (zu Held): „Sie unverschämter Mensch!" Diesen Worten mag Thieme noch hinzugefügt haben: „Halt's Maul!" oder „Quatsch nicht!" Kaum waren diese Worte gesprochen, als ihm Held einen kräftigen Schlag ins Gesicht versetzte. Darauf wollte Thieme auf Held mit dem Stock eindringen, Held ergriff aber den Stock und zerbrach ihn. Als Thieme mit der Krücke des Stockes, die er in der Hand behielt, weiter auf Held eindringen wollte, wurde er von den Uebrigen daran verhindert. Aus der Verhandlung ergab sich ferner noch, daß der Hauptmann v. Seebach, ohne den Spruch des militärischen Ehrengerichts abzuwarten, dem Studenten die Forderung des Leutnants überbracht hat.

Ueber eine staatsretterische That der reichsländischen Zwangsgermanisation berichtet der „Elsässische Kurier" das Folgende: Ein Greis von 71 Jahren, Namens Vogel, stieß am 11. November v. J. in einer Wirthschaft zu Ingersheim in angetrunkenem Zustande den „hochverrätherischen Ruf: »Vive la France!« aus und verführte dabei gleichzeitig einigen Radau. Dafür schickte ihm das Amtsgericht einen Strafbefehl auf vier Wochen Haft. Wird schon an und für sich die Strafe als zu hoch bezeichnet, so lassen noch besonders die begleitenden Umstände die ganze Angelegenheit in einem tragischen Licht erscheinen. Vogel ist zunächst kein Elsässer, sondern Badenser. In französischer Zeit hatte er sich in Ingersheim niedergelassen. Im Jahre 1871 hatte er es nur einigen Freunden zu verdanken, daß er nicht das Opfer seinen deutschen Nationalität wurde. In der Aufregung, die der Krieg verursacht hatte, umstellten eines Abends eine Anzahl Einwohner sein Haus, wollten den „Schwob" herausholen und ihn zum Dorfe hinaustreiben. Vogel gerieth angesichts des gegen ihn ins Werk gesetzten Angriffs in einen solchen Schrecken, daß er geistesgestört und dadurch arbeitsunfähig wurde, wenigstens kann er seither nicht mehr auf seinem Handwerk seinen Unterhalt verdienen, hat vielmehr sein Vermögen eingebüßt und stand bereits einmal auf dem Punkte, in eine Irrenanstalt gebracht zu werden. Seine geistige Gestörtheit wurde er seither nicht los, und sie kommt besonders zum Ausdruck nach dem Genuß geistiger Getränke. Aber zuleide thut der Mann Niemand etwas.

Vom lenkbaren Luftschiff. Nach einer Mittheilung des „Ice and Cold Storage" ist durch die eigenartige Idee eines Pariser Luftschiffers, Mr. Sidillot, das Problem des lenkbaren Luftschiffes in ein neues Stadium getreten. Das demnächst zu erbauende Luftfahrzeug soll mit einer Kälteerzeugungsmaschine und einem Heißluft-Apparat ausgerüstet werden. Mit Hülfe dieser Einrichtung hofft der Erfinder die Temperatur des Wasserstoffgases insoweit reguliren zu können, daß dadurch ein willkürliches Steigen- und Fallenlassen des Ballons durch den Luftschiffer ermöglicht wird.

Die Wahlurne mit doppeltem Boden. Wegen Betrügereien bei den Wahlen wurde vom Gerichte in Uzes (Frankreich) der ehemalige Bürgermeister von Roquemaure zu 100 Francs Geldstrafe verurtheilt. Er hatte bei den Gemeinderathswahlen eine Urne mit doppeltem Boden verwendet.

Zwangsversteigerung einer Schule. Daß allen Ernstes eine öffentliche Volksschule von Rechtswegen mit Zwangsversteigerung bedroht werden kann, hat sich in Kolmansfeld bei Schönsee (Westpreußen) ereignet. Der Bauunternehmer erstritt, als die Schulgemeinde sich weigerte, zum zweiten Male einen verloren gegangenen Betrag von 3000 Mk. der Schulbaukosten gutwillig aufzubringen, ein verurtheilendes Erkenntniß und ließ seine Forderung nebst den erheblichen Kosten auf das dortige Schulgrundstück eintragen und stellte den Antrag auf Zwangsversteigerung des Schulhauses.

„Der alte Müller". Ein anonymer Briefschreiber hat in Mittweida aus Furcht vor Strafe seinem Leben ein Ende gemacht. Der Wagenbauer und Privatmann, frühere Kirchenvorstand (!) und Stadtrath Hermann Röber hat jahrelang fortdauernd unter dem Namen „Der alte Müller" anonyme Briefe an Bürgermeister, Stadträthe, Bankkassirer und andere Personen geschrieben. Man hatte ihn schon lange im Verdacht; als er sich jetzt endlich entlarvt sah, erhängte er sich.

„Was für ein gottesfürchtiger Mann ist doch mein Klassenleiter."

VI.

An demselben Montage, an dem Polly die Unterredung mit ihrem Klassenleiter hatte, erwachte Jos des Morgens sehr früh, gerade zur Zeit, als es draußen am kühlsten war und die Sperlinge vor seinem Fenster zu zwitschern anfingen. Er stieg aus seinem Bett und konnte gar nicht begreifen, was denn los war, denn die Möbel in seinem Zimmer schienen um ihn herum zu tanzen, und in seinem Kopfe war ein Summen und Surren, als ob dort ein halbes Dutzend Theekessel brodelten. Außerhalb des Fensters erschien ihm alles blau, in seinem Zimmer sah ihm alles roth aus; bald fiel er wieder auf sein Bett zurück.

Kalte Schweißtropfen traten auf seine Stirn und es fröstelte ihn. Ein eisiger Schauer zog von seinen Füßen nach dem Kopfe und ein kaltes Band schien sich um seinen Leib zu schnüren; bleischwer fiel ihm der Kopf auf das Kissen zurück.

„Ich will es nochmals versuchen", sagte er sich.

Er stand nochmals auf und diesmal konnte er sich auch auf den Beinen halten. Er war im Stande, bis ans Fenster zu gehen, trank dort ein Glas Wasser, und die kühle Morgenluft trieb ihm das Blut aus dem Kopfe zurück, so daß es wieder in seinen frostigen Gliedern zirkuliren konnte. Er konnte wieder seine Gedanken sammeln.

„Ich kanns mir denken, was es war", sagte er zu sich. „Der Hunger."

Jetzt dachte er daran, daß er am Tage vorher nichts weiter als trockenes Brot gegessen und daß schon eine ganze Zeit vergangen war, seitdem er sein letztes Mittagbrot eingenommen hatte. Ein Hering in einer Kneipe, eine Tasse Kaffee oder Schokolade für einen halben Penny, und dazu noch ein Stückchen trockenes Brot, das er sich selbst zu Hause in seinem Schranke hielt und das er mit ein paar Schlucken Wasser hinunterspülte, daraus hatte in der vergangenen Woche seine tägliche Nahrung bestanden.

„Ich will davon nicht mehr trinken", sagte er, indem er sich die Flasche, aus der er eben getrunken hatte, näher ansah und auf ihrem Boden einen Satz bemerkte, der wie Grünspan aussah. „Da drinnen scheint ja ein Dutzend Katzen ertrunken zu sein."

Dann holte er aus dem Schrank den Rest seines Brodes hervor, das hart wie Stein war.

„Hol's der Teufel! Ich kann das Zeug nicht mehr beißen", und mit diesen Worten warf er das Brod zum Fenster hinaus. Fünf Minuten später verließ er das Haus, um den Whitechapeler Weg hinunter nach dem Platze zu gehen, auf dem an einem Zaun das „Daily Chronicle" angeschlagen zu sein pflegte.

Um diesen Anschlag standen eine Menge von Menschen dicht gedrängt und einander stoßend, auf die Schultern kletternd und durch die Beine durchkriechend, suchten sie die Anzeigen zu lesen. Und in diesem Gewirr herrschte die tiefste Stille, die nur dann unterbrochen wurde, wenn jemand ein Wort oder einen ganzen Satz in Kehllauten vor sich herbuchstabirte, die von denen, die er auf der Schule gelernt hatte, freilich ganz verschieden waren. Es dauerte fast zehn Minuten, bevor Jos den Anschlag lesen konnte, denn nur langsam konnte er sich durch die drängende Menge Bahn machen, wobei es von allen Seiten Püffe und Stöße setzte. Warum war er denn überhaupt hierher gekommen?

Er hätte doch schon wissen können, daß das Hierherkommen ganz zwecklos war.

Das sagte er sich auch, als er die Anzeigen überflog und keine einzige fand, durch die Leute seines Handwerks gesucht wurden, dagegen boten sich vielfach Zimmerleute, Bau- und Möbeltischler an, jede Arbeit zu irgend einem Preise zu übernehmen. Mit traurigem Lächeln erinnerte er sich der Anzeige, die er selbst hatte einsetzen lassen, als er noch Geld zum Wegwerfen hatte, zu jener Zeit, als er erst vom Lande nach London gekommen war.

„Zimmermann, gewissenhaft, fleißig und nüchtern, mit vorzüglichen Zeugnissen und Werkzeugen gut ausgestattet, sucht Stellung."

Natürlich hatte er darauf ebenso wenig eine Antwort erhalten wie auf verschiedene Briefe, die er auf Anzeigen hin abgegeben hatte.

Ja, doch; einmal hatte er eine Antwort bekommen; sie lautete: „Die Herren Gilby und Smith benachrichtigen zu ihrem Bedauern Mr. Joseph Coney, daß sie für seine Dienste keine Verwendung haben."

Als er vom Anschlag weg ging, lichtete sich auch dort die Menge. Verschiedene gingen nach Hause, andere lungerten umher oder legten sich auf die Promenadenbänke, wenn sie es nicht vorzogen, sich auf dem Rasen der Parkanlagen herumzuwälzen. Einige gingen auch in die Kneipen, um dort ihren letzten Pfennig auszugeben und bei einem Gläschen über etwas, was sie beginnen könnten, nachzudenken.

So rasch er nur gehen konnte, eilte Jos nach einem großen Bau, den eine Gesellschaft aufführen ließ, um den Armen dadurch, daß sie dichter gedrängt zusammen wohnten, zu einem billigeren Preise Wohnungen zu beschaffen, als sie sie in den gewöhnlichen Miethskasernen erhalten konnten.

„Solch' windige Arbeit", sagten die Arbeiter mit verächtlichem Lächeln, denn sie konnten beobachten, wie rasch die Wände aus der Erde schossen, wie gleichsam durch Zaubergewalt Fenster entstanden, und wie die billigsten Erfindungen angewandt wurden, um diese Handwerkerwohnungen einzurichten.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co — Sämmtliche in Lübeck.